

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

106 (16.5.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 422 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 413 85. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2240. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einchl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 106

Dienstag, 16. Mai 1950

Preis 15 Pfg.



Die Woche in Bonn

Wahrheitsforscher in Bonn

Heute müsse zur Erforschung der Wahrheit über die Kriegursachen mehr getan werden als in der Weimarer Republik, dem deutschen Volke müsse die ganze Wahrheit gesagt werden. Dazu müssten die alten deutschen Archive nach Westdeutschland zurückgebracht werden, forderte Dr. Brill (SPD) in der 63. Sitzung des Bundestages. Dabei erwähnte er, daß eine ganze Reihe wichtige Akten des früheren Auswärtigen Wehrmachtsarchivs erhalten geblieben sind. Sie fielen 1945 in die Hände der Besatzungsmächte. Die Mitteilung über, daß wichtige Akten des früheren Auswärtigen Amtes, die Aufschluß über die Vorgeschichte und die Durchführung des zweiten Weltkrieges geben könnten, in die Hände der sowjetischen Armee gefallen sind, zeigt, warum es wirklich ging.

Die Veröffentlichungen der Sowjetunion aus den erbeuteten Naziarchiven hatten es Dr. Brill und auch den Anregern der Aktion angetan. Die alten Reaktionen und Faschisten, die immer noch die Lehrstühle an den westdeutschen Hochschulen innehaben, sie sollen aus den Naziarchiven eine Dolchstoßlegende fabrizieren, um die deutsche Jugend breitzuschlagen, um die deutschen und ausländischen Imperialisten als Kanonenfutter zu dienen. Das ist der Sinn des ganzen Vorstoßes, stellte unser Genosse Heinz Renner treffend fest. Er forderte, daß zum mindesten fortschrittliche Historiker aus der DDR gleichberechtigt bei der Auswertung der alten Urkunden, wenn sie zurückgegeben seien, beteiligt werden. Die Ablehnung durch die friedensfeindliche Bundesmehrheit des Bundestages bewies, wie recht Heinz Renner hatte.

Wieviel Steuern zahlt Abg. v. Rechenberg?

Um die Erforschung der politischen Wahrheit ging es uns auch bei einer viel nüchternen Vorlage. Bei der Beratung eines Gesetzes über den Aufbau der Finanzverwaltung wurde erneut der Antrag auf „Offenlegung der Steuerlisten“ gestellt. Dagegen polemisierte nicht der Millionär von Rechenberg (FDP), der Bankier Pferdengens (CDU) oder der Beauftragte des Klöckner-Konzerns, Hehne (CDU), sondern in ihrem Namen der Finanzfachmann der FDP, Höpker-Aschoff. Daß der Steuerabzug bei den Lohn- und Gehaltsempfängern jederzeit auf Heller und Pfennig abzuziehen ist, das finden diese Großverdiener ganz in Ordnung. Aber, so erklärte Höpker-Aschoff, seine Freunde hätten eine Scheu, durch die Offenlegung der Steuerlisten jedem Einblin in ihre Einnahmen zu geben, Dr. Dresbach (CDU), ein alter Deutschnationaler, der auch an den Maßnahmen der Nazis manches Gute findet, meinte entsetzt, der Antrag wolle die politische Schuffelle fördern. Bewußt verdrehte er seinen Sinn: Steuergerechtigkeit und Erforschung der wirtschaftlichen Wahrheit.

Ein brüchiger Bau

Die Vorlage über den Aufbau der Finanzverwaltung im übrigen zeigte, wie widersinnig die Konstruktion des westdeutschen Separatstaates ist. Der Artikel 108 seines Grundgesetzes versucht, die Verteilung, die Einziehung und die Verwaltung von Steuern, Zöllen und Abgaben zwischen Bund und Ländern zu regeln. Doch keiner der Väter dieses Paragraphen kann in der rauen Wirklichkeit mit ihm arbeiten. Das Zentrum will vom Bundesverfassungsgerichtshof das angenommene Gesetz für verfassungswidrig erklären lassen.

Bei der Abstimmung versuchte die SPD, so zu tun, als ob sie in schärfster Opposition zur Protektorsverwaltung stehe. Sie widersprach in der Freitagsitzung zunächst der dritten Lesung des Entwurfs. Die CDU parierte den Hieb und beantragte für diesen einzigen Punkt eine Beamtungssitzung in der Himmelfahrtswoche. Prompt fiel die SPD um, und das Gesetz wurde dann von der Rechten endgültig angenommen.

Beratung vor leerem Haus

Dazu mußten die Abgeordneten allerdings erst herbeigeklingelt werden. Bei dem vorher behandelten Ergänzungshaushalt für 1949 waren die Volksvertreter geflohen, nur etwa 90 blieben im Saal. Dabei bilden Haushaltsberatungen im allgemeinen Höhepunkte parlamentarischen Geschehens. Allerdings die Bürokratie hat eine Virtuosität in der Verschleierung ihrer Geldwirtschaft entwickelt. „Es ist sehr schwierig, sich einen Ueberblick über die Lage des Haushalts zu verschaffen, erklärte Abg. Schöttle (SPD), dies kann kaum der Abgeordnete, noch viel weniger der Außenstehende, Dr. Schäffer, der als einziger Minister die Regierungsbank drückte, gab sich keinerlei Mühe, seine Zahlengedäude für den Steuerzahler durchsichtiger zu machen. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts fanden es meist überhaupt nicht für notwendig, an den Beratungen des Bundestages teilzunehmen. Wollten sie damit zeigen, welche Bedeutung sie ihm beimessen?

Das neue imperialistische Programm

Am vergangenen Dienstag jedoch, als Dr. Adenauer vor der Presse entwickelte, wie er und seine Auftraggeber, die Ruhrmagaten, sich die Wiedereinschaltung Westdeutschlands in die imperialistische Raubpolitik vorstellten, brachte er fast alle in Bonn anwesenden Minister mit. Damit, so betonte er, wolle er die Bedeutung seiner Erklärung unterstreichen. Zwei Stoßrichtungen ließen die wieder im Sattel sitzenden westdeutschen Monopolherren durch Adenauer aufzeigen. Einmal die (Fortsetzung auf Seite 2)

Zwei Landesfriedenskongresse:

Bayern und Hessen in der Weltfriedensfront

Prof. Havemann: „Lieber wenige Tausend Kriegstreiber im Zuchthaus, als Millionen und Abermillionen im Massengrab!“

Frankfurt/Nürnberg. (EB) Ueber Samstag und Sonntag fanden zwei Landesfriedenskongresse statt, in Nürnberg für Bayern und in Offenbach für Hessen. Beide Kongresse waren machtvolle Kundgebungen des Friedenswillens aller Schichten der Bevölkerung. In Offenbach waren es rund 1000 und in Nürnberg 600 Delegierte und Gäste, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzten. Neben dem Transportarbeiter war der Wissenschaftler zu finden, neben dem christlichen Kulturschaffenden der Veteran der Arbeiterbewegung, neben der Studentin der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, der bis heute noch keine Arbeit gefunden hat.

Auf dem Landesfriedenskongreß in Bayern wurde Frau Stadträtin Hoereth-Menge, die einige Tage zuvor wegen ihres offenen Bekenntnisses zur Friedensbewegung nach 32-jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgeschlossen worden war, stürmisch begrüßt. Ebenso Frau Baumgartner aus München, die allein 1000 Unterschriften für den Frieden gesammelt hatte.

Auf dem hessischen Landesfriedenskongreß wurde bekanntgegeben, daß 150 000 Unterschriften bis am Samstag im Land Hessen gesammelt waren. Ein junger Friedensfreund in Wiesbaden hatte allein 1200 Unterschriften auf seinen Listen. Die Delegierten auf beiden Landesfriedenskongressen einte der unerbittliche Wille, alles gegen die Kriegstreiber zu tun und ihnen ein gebieterisches Halt entgegenzusetzen. Die Verbundenheit mit dem Friedenskampf der in der Deutschen Demokratischen Republik, dem östlichen Teil unserer Heimat, geführt wird, kam darin zum Ausdruck, daß auf beiden Kongressen Vertreter aus der DDR anwesend waren und bei ihren Ausführungen den stärksten Beifall erhielten. In Nürnberg waren dies Pfarrer Müller und Frau Friedel Malter, Berlin, deut-

sche Delegierte auf der Tagung des Weltfriedenskomitees Stockholm und in Offenbach Prof. Robert Havemann, jener Wissenschaftler, der von den Westberliner Kriegstreibern wegen seines Eintretens für die friedliche Verwendung der Atomenergie aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut in West-Berlin verdrängt wurde. Prof. Havemann erteilte langanhaltenden Beifall, als er seine mit gründlicher wissenschaftlicher Beweis-

führung dargebrachten Gründe gegen die Atomwaffe, gegen den dritten Weltkrieg mit den Worten schloß: „Lieber sollen die wenigen Tausend Kriegstreiber im Zuchthaus landen, als Millionen und Abermillionen in neuen Massengräbern!“

Frau Hoereth-Menge rief in Nürnberg aus: „Als ich mich für die Unterschriftensammlung für den Frieden erklärte, wurde im Namen der SPD gesprochen. Das ist wahr — ich habe im Namen der Menschlichkeit gesprochen.“

Beide Landesfriedenskongresse werden in Bayern und Hessen neue Kraft ausstrahlen, damit sich die Anstrengungen der Friedensfreunde gegen die Kriegstreiber erhöhen. Beide Kongresse waren Beweise dafür, daß

die Friedensfront in Westdeutschland unauflöslich wächst.

Trygve Lie bleibt länger in Moskau

Moskau, (EB) Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, der bereits mehrere Besprechungen mit Außenminister Wyschinski und dessen Stellvertreter Gromyko führte, wird seinen Aufenthalt in Moskau wahrscheinlich bis Mitte der Woche verlängern.

In diplomatischen Kreisen Washingtons befürchtet man, daß Lie's Reise und seine Besprechungen die Vorbereitung zu einem neuen internationalen Friedensschritt sein könnten, der die Pläne der Kriegstreiber erheblich stören würde.

Volks-Veto gegen USA-Politik in der Türkei

Schwere Niederlage der Regierungspartei und Sieg der oppositionellen Demokraten bei den türkischen Wahlen

Ankara. (Nach Reuter und EB). Die republikanische Volkspartei, die seit 27 Jahren in der Türkei regiert, hat bei den Wahlen zur großen Nationalversammlung eine katastrophale Niederlage erlitten. Bisher war die republikanische Volkspartei im Parlament mit 402 Sitzen vertreten, während die oppositionelle Demokratische Partei nur 33 Abgeordnete stellte. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis verfügt die Demokratische Partei bereits über mehr als 300 von 465 Sitzen im neuen Parlament.

Die westliche Presse betont auffallend übereilt, daß zwischen der geschlagenen republikanischen Volkspartei und den Demokraten in außenpolitischen Fragen kein wesentlicher Unterschied bestände. Sie will damit das Wahlergebnis insofern fälschen als sie bestreitet, daß in ihm sich die entschiedene Wille des türkischen Volkes gegen die bisherige Regierungspolitik äußerte. Das türkische Volk hat mit seinem Veto bei den Wahlen gegen die Regierung sowohl wegen ihres innerpolitischen Unterdrückungskurses, als auch wegen deren Außenpolitik die die Türkei an den USA-Imperialismus auslieferte, sich entschieden. Die türkischen Wahlen sind eine Demonstration gegen die europäische Kriegsführung gegen die Sowjetunion gemacht wurde. Wenn das türkische Volk bei der Wahl der Parteien selbst dies nicht mit der genügenden Deutlichkeit zum Ausdruck bringen konnte, dann deshalb weil die Regierung jede Arbeiterpartei, ob sozialistisch oder kommunistisch, seit Jahrzehnten unterdrückt und verboten hat. Um oppositionell stimmen zu können, mußte sich das türkische Volk der oppositionellen Demokratischen Partei zuwenden. Es wird dieser Partei, wenn es bei der Fortsetzung des Kurses der vorangegangenen Regierung

bleibt, ebenso den Rücken kehren, wie es das gegenüber der Republikanischen Partei so offensichtlich getan hat.

Sicherung der katholischen Kirche

Prag. (IP). Im März dieses Jahres hat das Kirchenamt den slowakischen Bischöfen einen Vorschub in der Höhe von 2 930 000 Kcs für die Sachausgaben der katholischen Kirche zur Verfügung gestellt. Im April ist den slowakischen Bischöfen ein weiterer Betrag in der Höhe von 5 860 000 Kcs für die gleichen Zwecke zur Verfügung gestellt worden.

Was ist Pfingsten in Berlin los?

Sportler aus der Sowjetunion, Rumänien und Polen messen sich mit ihren Freunden aus der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland in ihrem Können. Eine der großen sowjetischen Fußballmannschaften wird am 28. Mai ein internationales Spiel gegen eine deutsche Mannschaft bestreiten.

Hitlers Achse in London auferstanden

Antisowjetische Allianz der Westmächte — Eisenhower als Ober-General? — Setzt den Kriegsinfanaren aus London das Nein zum Kriege bei der Unterschriftensammlung für den Frieden entgegen

London. (dpa/EB) Die Londoner Konferenz der drei Westmächte, Vereinigte Staaten, England und Frankreich, schloß am Sonnabend-Nachmittag mit einer demonstrativen Erklärung, welche die Sowjetunion in der Sprache des Hitlerschen Anti-Kominternpakt als die „einzige militaristische und aggressive Macht“ hinstellt. Die drei Mächte wollen alle wirtschaftlichen und militärischen Hilfsquellen „enger zusammenfassen“ und haben angeblich über die „Grundzüge ihrer Politik in allen Teilen der Welt Übereinstimmung erzielt“. Mit dieser Erklärung nimmt das atlantische Rüstungs- und Kriegsband, das gegen die Sowjetunion gerichtet ist, eine noch engere Unterordnung unter die amerikanische Kriegsstrategie vor. Bezeichnend ist, daß gleichzeitig die Meldung verbreitet wird, daß man damit rechne, daß der amerikanische General Eisenhower zum „obersten Koordinator“ der „Verteidigungspläne“ der Atlantikpaktstaaten vorgesehen sein soll.

Ueber die Remilitarisierung Westdeutschlands wurde keine Erklärung herausgegeben, im Gegenteil, man sagt, es sei nicht davon gesprochen worden. Der Vorschlag Schumans über den Zusammenschluß der Kanonenkönige rechts und links des Rheins, der in London befürwortet wurde, dürfte hinreichende Möglichkeiten für die Einbeziehung des westdeutschen Rüstungspotentials bieten, ohne daß man offen von Kanonen und Rekruten vorläufig zu sprechen braucht.

Die Dreier-Konferenz, die zur Deutschlandfrage, soweit man bisher darüber unterrichtet ist, nur eine sehr nichtssagende Erklärung abgegeben hat, war allerdings in einer Beziehung bereit, den antikommunistischen Kampf Adenauers demonstrativ zu unterstützen. Auch sie gab eine Erklärung zur Kriegsgefangenenfrage ab, wozu der Londoner „Daily Worker“ treffend bemerkt, daß es ein Versuch sei, „die Unterstützung der nationalsozialistischen und anderer reaktionärer Kreise Westdeutschlands für ihre antisowjetische Allianz zu erhalten“.

In einer Wahlrede in Dortmund hat Dr. Adenauer noch einmal sein volles Einverständnis mit dem Schuman-Plan erklärt und den beschleunigten Beitritt zum Europapakt gefordert. Er versteht nicht, wie diese Angelegenheit überhaupt mit der Saar etwas zu tun habe.

Die Rolle allerdings, die Deutschland von den Organisatoren des „Kalten Krieges“ durch den neuen Schuman-Plan zugeordnet wird, charakterisierte die „Pravda“ vom Sonnabend. Sie verglich sie mit der des Teufels in jener Fabel, in der dieser bei der Teilung der Rube von den Bauern überlistet wurde. In der Herischen Angst vor der Sowjetunion und dem Aufstieg der fortschrittlichen Kräfte im eigenen Land spiegeln „die im Sold des amerikanischen Imperialismus stehenden französischen Kapitalisten“ Zugeständnisse vor, wobei sie aber wie der

KPD eröffnet Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen

Max Reimann Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen

Düsseldorf. (FV) Unter begeisterten Beifall wählten die 1400 Delegierten und Gäste der Landesdelegiertenkonferenz von Nordrhein-Westfalen der KPD den Parteivorsitzenden Max Reimann und den 1. Sekretär des Landesvorstandes, Josef Ledwohn, zu Spitzenkandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen.

Die vorbehaltlose Zustimmung zu dem großangelegten Referat des Genossen Max Reimann bewies das uneingeschränkte Vertrauen der Delegierten zum Parteivorstand der KPD und zu der Politik, die durch die Resolutionen der 13., 14. und 15. Parteivorstandssitzung bestimmt wird.

Wiederholt sich Prüm?

Munitionslager bei Worms

Worms. (EB) In Worms-Hernsheim hat die französische Besatzungsmacht ein Munitionslager errichtet. Im Stadtrat von Worms erhob die Fraktion der KPD hiergegen den schärfsten Protest.

Es wid auf das furchtbare Schicksal der deutschen Stadt Prüm (Eifel) hingewiesen, die durch die Explosion der von den Franzosen unterirdisch gelagerten USA-Munition zerstört wurde, wobei zahlreiche deutsche Bürger Leben und Gesundheit verloren haben.

Hungerstreik gegen Willkür Urteil

Istanbul. Der wegen kommunistischer Propaganda zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilte türkische Dichter Nazim Hikmet ist im Gefängnis von Ues-

küdar in den Hungerstreik getreten. Hikmet behauptet, unschuldig verurteilt zu sein.

Demonstration der Kriegsbeschädigten in Rom

Paris. Der fünfte Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und der Gedenktag der heiligen Johanna wurden am Sonntag in Paris festlich begangen. Staatspräsident Auriol legte am Denkmal der Jeanne d'Arc einen Kranz nieder. Am Place de l'Etoile fand eine Parade der Pariser Garnisonstruppen statt. (Nach apf.)

Im Streiflicht gesehen

Gefährliche Panne auf dem Hochseil
Korbach (dap). Ein aufregender Unglücksfall ereignete sich am Wochenende in Korbach bei Vorführungen der „Atlantik-Hochseilgruppe“. Als der Kapitän der Gruppe, Atlanto, mit seinem Motorboot über ein 36 Meter hoch schräg gespanntes Seil fuhr, riß an der Maschine das Gummiband der Felgenreinigung und die Bremse versagte. Das Motorboot raste das um 18 Grad fallende, 120 Meter lange Seil herunter und prallte gegen eine Mauer. Dabei wurde Atlanto verletzt. Sein Untermann konnte sich durch einen Saldo retten. Er brach sich einen Arm.

Eisenbahnunglück bei Madrid
Madrid. Bei einem schweren Eisenbahnunglück in der Nähe von Madrid kamen am Montagvormittag neun Personen ums Leben. Etwa 50 Reisende wurden nach bisherigen Meldungen verletzt. (Nach apf.)

Dolchstoß beendet romantische Liebesaffäre in Kairo
Istanbul (dpa). Der stadtbekannteste 36-jährige Istanbul Barsänger und Pianist Perez, ein gebürtiger Spanier, ist in Kairo das Opfer einer Liebesaffäre geworden. Er wurde ermordet. Perez hatte in Istanbul eine ägyptische Prinzessin, eine Kusine König Faruks, kennengelernt und, da sie in Istanbul nur auf der Durchreise war, ihr

zuliebe in der Kairoer Bar „Skarabäus“ ein Engagement angenommen. Die Beziehungen der verheirateten Prinzessin zu dem Spanier blieben dem Gatten nicht lange verborgen und wurden auch in ägyptischen Hofkreisen übel vermerkt. Perez erhielt Drohbriefe, die er jedoch nicht beachtete. Schließlich traf ihn der bei derartigen Affären übliche Dolchstoß nachts in einem Taxi, das von den Mördern angehalten worden war. Der Fall hat in Istanbul großes Aufsehen erregt.

Siamische Zwillinge nach versuchter Trennung gestorben
Edmonton (Kanada). Der Versuch, das etwa fünf Monate alte siamesische Zwillingpaar Brenda und Beverley Townsend durch einen operativen Eingriff zu trennen, ist entgegen den Erwartungen medizinischer Sachverständiger mißlungen. Eines der Kinder starb 45 Minuten nach der Operation, das andere 40 Minuten nach dem Tod des ersten. Erst bei der Operation stellte sich heraus, daß zwar zwei Herzen vorhanden waren, der kleinere Teil eines jeden Herzens jedoch in den Körper des anderen Kindes hineingewachsen war. Das Zwillingpaar war am Leib — von der dritten Rippe bis zum Nabel — zusammengewachsen. Die Kinder hatten eine gemeinsame Leber, während alle anderen lebenswichtigen Organe doppelt vorhanden waren. Die Leber war groß genug, um geteilt werden zu können. (Nach ins.)

(Fortsetzung von Seite 1)

alte: gen Osten, und als zweite, gemeinsam mit den französischen Imperialisten Afrika. Um möglichst bald in Aktion treten zu können, will Adenauer die organisatorischen Vorbereitungen schnellstens abschließen. Die westlichen Außenminister sollten noch vor Beginn der Londoner Konferenz wissen, daß Adenauer ihren Befehl, dem Europarat beizutreten, ausführen wolle. Der Vorschlag der französischen Regierung auf Schaffung eines deutsch-französischen Montankartells wurde von Adenauer geradezu mit innerer Bewegung begrüßt.

Ueber Demontage darf nicht gesprochen werden

Um die durch den französischen Vorschlag verschuldeten Briten nicht noch mehr zu verärgern, verstand es Dr. Adenauer, seit Wochen die Behandlung des Problems Wattenstedt-Salzgitter im Bundestag zu verhindern. Am 8. März hatte unsere Fraktion beantragt, die widerrechtlichen Demontagen und die damit zusammenhängenden Willkürmaßnahmen der britischen Besatzungsmacht einzustellen. Als auf Verlangen Adenauers in der Bundestagssitzung vom 11. Mai der Antrag wieder von der Tagesordnung abgesetzt wurde und Heinz Renner trotzdem die Behandlung beantragte, widersprachen die Vertreter der Ruhrmagnaten aus der CDU und FDP. Die nächste Sitzung des Bundestages und damit die Beratung des Antrages, findet nicht vor Anfang Juni statt. Nennen die Mehrheitsparteien einschließlich der SPD diese Verschleppung auch Erforschung der politischen Wahrheit?

Bei der Berlindebatte allerdings, die in der vergangenen Woche zum soundsovielten Mal stattfand, wurden einige Beiträge dazu geleistet. Der CDU-Abgeordnete erklärte, daß die Verlegung von Dienststellen der Protektorsverwaltung nach Berlin „mit materieller Hilfe gar nichts zu tun habe“. Und einen Tag später beklagte sich Schötle (SPD), der Vertreter der heftigsten Schreier in der Berlinhetze gegenüber der CDU und FDP bitter darüber, daß die Westberliner Fabrikanten ihre Forderungen nach solch weitherzigen Kalkulationsmethoden berechnen, daß denen, die sie bezahlen müssen (das sind die westdeutschen Steuerzahler), die Haare zu Berge ständen. Damit kämen wir in die Nähe der ausgedehnten Schmuggeldebate.

Wächst der Kaffee an der Spree?

Viele erschreckende Einzelheiten wurden dabei vorgetragen. Jede zweite Tasse Kaffee, die in Westdeutschland getrunken wird, meinte Abg. Besold (BP) werde aus Schmuggelgut gebrüht. Der CDU-Banker Scharnberg aus der Hafenstadt Hamburg erklärte den Reigen der sachverständigen Redner. Der Schaden, der der Steuerverwaltung und den beteiligten Wirtschaftszweigen aus dem Zigaretten-, Kaffee- und Teeschmuggel entstehe, geht in die Hunderte von Millionen DM. Er konnte es sich nicht verkneifen, als eine der Zentralen des Schmuggels Osterlin anzudeuten. Unser Sprecher Fritz Rische, wies ihn und die ihn unterstützenden Hetzer gegen die DDR mit Recht darauf hin, daß Kaffee, Tee und Chesterfields aus den Ländern im Herrschaftsbereich der Westalliierten stammen. Ungewollt bestätigte das Strauß (CDU). Im ersten Halbjahr 1949, sagte er, wurden 21.300 Schmuggelfälle an der grünen Grenze, das heißt, bei Aachen und in der Eifel, festgestellt. Zahlen aus der entgegengesetzten Richtung konnte er nicht nennen. Doch Bayern verglich er mit dem alten Balkan.

Dr. Schäffer wiederlegt sich selbst

Bei der Hetze gegen den Osten durfte Adenauers Finanzminister, Dr. Schäffer, der rechteste Flügelmann der CDU, nicht fehlen. Der Erlös aus dem Schmuggel, über die Ostgrenze findet zu „politischen Zwecken Verwendung“, verkündete er. Aber warum fordert er dann eine personelle Verstärkung des Zollgrenzschutzes nur für den Aachener Raum, die Eifel und seine oberbayerische Heimat? Und in einem, den Höhen Kommissaren übersandten Memorandum ist nur von Maßnahmen gegen das Personal der westlichen Besatzungsmächte und die DP's, von Kontrolle der Besatzungstreitkräfte und gesetzlichen Bestimmungen für die Verfolgung von Ausländern und DP's die Rede.

Dr. Schäffer will den Schmuggel nur mit polizeilichen Mitteln bekämpfen. Als ihn Dr. Etzel (BP) fragte, ob ein Bericht der Nürnberger Neuesten Nachrichten stimme, nach dem er einer Senkung der Tabak- und Kaffeesteuer ablehnend gegenüberstehe, weil dann der Verbrauch steige, schwieb der sonst so redeleidige Dr. Schäffer.

Die Feststellung der Nürnberger Zeitung trifft zu, denn die Amerikaner haben der Protektorsverwaltung eine Drosselung des Verbrauchs immer wieder befohlen. Die Werktätigen aber müssen in die Lage versetzt werden, sich das bescheidene Vergnügen einer Zigarette oder einer Tasse Kaffee erlauben zu können. Dazu müssen allerdings die Preise durch eine radikale Senkung der Tabak- und Kaffeesteuer gewaltig herabgesetzt werden. Dafür hat sich unser Genosse Rische mit aller Entschiedenheit eingesetzt.

18 Jugendliche in Westberlin verhaftet

Berlin. Die Westberliner Polizei nahm am Samstag in Berlin-Neukölln 18 Jugendliche fest, die auf einem Lkw, durch den amerikanischen Sektor führen. Unter ihnen waren elf FDJ-Mitglieder, die eine eingekerkelte Fahne mit sich führten. Die Festnahme erfolgte, weil das Auftreten dieser FDJ-Mitglieder in den Westsektoren angeblich eine Demonstration war.

Britischer Lohnstopp überrannt

Forderungen der Werktätigen lassen nicht nach — Vor neuen Kämpfen

London. (dpa). Die britischen Arbeiter fordern trotz der Lohnstopp-Politik der Labour-Regierung weiter Lohnerhöhungen. Die Bergarbeitergewerkschaft verhandelt zur Zeit mit dem staatlichen Kohlenamt um Lohnerhöhungen für die niedrigen Lohngruppen. Sie verlangt zwei Schillinge pro Schicht mehr, das heißt 10 Schillinge mehr pro Woche bei fünf Arbeitstagen und 12 Schillinge bei sechs Arbeitstagen.

Rund 40 bis 50 Prozent aller im Kohlenbergbau Beschäftigten erhalten die Mindestlöhne, die zwischen fünf Pfund und 15 Schillinge je Woche liegen.

Eine Durchsetzung der Lohnforderungen würde ihre Auswirkungen auf andere Gewerkschaften nicht verfehlen, dem staatlichen Eisenbahnamt würde es schwer fallen, wiederum Lohnforderungen der unteren Lohngruppen der Eisenbahner abzuweisen.

Unternehmervorstoß gegen das Mitbestimmungsrecht

Eine Denkschrift der Unternehmerverbände

Der Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft, in dem die Spitzenverbände der westdeutschen Unternehmer zusammengeschlossen sind, hat eine Denkschrift über das Mitbestimmungsrecht veröffentlicht. Die in der Denkschrift dargelegten Unternehmerforderungen zielen samt und sonders darauf ab, ein wirkliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu verhindern. Der Zeitpunkt dieser Denkschrift verrät die damit verfolgte Absicht. In Württemberg-Baden und in Hessen ist das Gesetz über die Mitbestimmung in Kraft. Was in diesem an Fortschritten gegenüber dem früheren Zustand enthalten ist, wenn es auch längst nicht den Forderungen der Arbeiterschaft in allen Punkten entspricht, soll durch das zu schaffende Bundestagsgesetz wieder aufgehoben werden. Dazu haben die Unternehmer in dieser Denkschrift ihre Forderungen angemeldet, und hoffen, daß diese durch das reaktionäre Adenauer-Kabinett und der ihr hörigen Bundestagsmehrheit verwirklicht werden.

Im einzelnen gesehen, sind die Forderungen der Unternehmer ein einziger Hohn auf das, was das schaffende Volk in der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes erreichen will.

Nachdem das Unternehmertum in der Zeit der Weimarer Republik geschworener Gegner des damals existierenden Betriebsrätegesetzes war, bezieht es jetzt die Position, daß jenes Betriebsrätegesetz das Weitergehendste darstellt, was es die Arbeiterschaft zubilligen bereit ist. Was in den Forderungen der Gewerkschaften darüber hinausgeht, schaffe einen „einmaligen und in der übrigen Welt bisher unbekanntem Rechtszustand“ und „ein solches Experiment“ könne sich Westdeutschland nicht leisten.

Eine Gleichberechtigung in der Stellung der Unternehmer und der Arbeiter in der Wirtschaft wird schlankweg verneint! Deshalb wird ein hohes Lied auf die „unternehmerische Leistung“ gesungen. Die Arbeiterschaft würdige diese Leistung in ihren Forderungen nicht, dabei hänge in der Hauptsache davon die „Wertbeschaffung in einer Volkswirtschaft, ihre Export- und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — in unserer gegenwärtigen Lage die Existenzfrage unseres Volkes“ ab. Das wagen die Unternehmer zu behaupten, angesichts der Tatsache, daß ausschließlich die Tätigkeit der Werkstätten den wirtschaftlichen Tiefstand nach Kriegsende 1945 überwunden hat. Das wagen die gleichen Unternehmer zu behaupten, die in den Jahren vor der Währungsreform und nach ihr vorerzielten, wie sie die Milliarden Gewinne in Form neuer Kapitalinvestitionen ergaunern konnten, just zu der Zeit, wo trotz riesiger Not die Arbeiterschaft ihren Aufbauwillen bewies. Die alles überschattende These von der „Unternehmerfunktion“ wird verfochten.

ten, nachdem die Sowjetunion zum mächtigsten Land der Erde wurde, ohne seit 30 Jahren in ihrer Wirtschaft die „Unternehmerfunktion“ zu kennen und nachdem nach dem zweiten Weltkrieg eine Reihe von Ländern zu ihrem und ihrer Schaffenden Wohl sehr gut ohne sie auskommen konnten. Die Wirtschaft mit der „uneingeschränkten Unternehmerfunktion“ ist Spielball der Krise. Sie erzeugt die Arbeitslosigkeit; bei uns in Westdeutschland registriert und nicht registriert drei Millionen Arbeitslose! Mit der Verteidigung der „Unternehmerfunktion“ wird die kapitalistische Wirtschaft, die sich im Niedergang, in Zersetzung und Fäulnis befindet, verteidigt. Dabei ist das Mitbestimmungsrecht, wie es in Württemberg-Baden und Hessen durch Verfassung und Gesetz nun garantiert ist, alles andere, nur nicht die Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft, aber nicht einen Finger breiten wollen die Unternehmer von ihrem „Herr-in-Haus-Standpunkt“ abgeben. Die Arbeiterschaft soll keine Kontrolle über Rentabilität der Unternehmen, über die Gewinne und keine Bestimmung über Art und Weise der Produktion haben. Die Kapitalisten Westdeutschlands verteidigen dabei nicht nur skrupellos ihren Profit, sondern auch ihre Rolle als künftige Rüstungsproduzenten, wie in seiner Zielsetzung der Marshallplan und die Eingliederung Westdeutschlands in das Atlantikpaktssystem sie bedingen.

Einen breiten Raum nimmt in der Unternehmenden Denkschrift die Auseinandersetzung über den Begriff der Mitbestimmung ein. Ihm stellen die Unternehmer den Begriff des „Mitwirkens“ entgegen, denn dieser bedeute nur Entscheidungen „mit vorzubereiten“, während die Entscheidung selbst von der verantwortlichen Leitung (den Unter-

nehmern und ihren Beauftragten) getroffen wird. „Mitbestimmung“ sei die Ermächtigung, die Entscheidungen selbst entweder unmittelbar mitzufallen oder wirksam zu verhindern bzw. anzufechten. Das bedeute, daß im Streitfalle eine innerbetriebliche Frage durch eine außerbetriebliche Instanz entschieden werden müsse. Davor wird gewarnt, da dies „mit der jeden Betrieb obliegenden wirtschaftlichen Aufgabe zu quantitativer und qualitativer Höchstleistung“ nicht vereinbar sei. Sachlicher ausgedrückt heißt dies, wenn die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht haben, sinke die Leistung herab. Diese Behauptung ist Frechheit und Unwahrheit in einem. Daß die Leistung sinkt, glauben die Unternehmer selbst nicht, aber daß ihr Profit dabei beschnitten werden könne, ist ihre berechnete Befürchtung!

Das überbetriebliche Mitbestimmungsrecht erfährt mit der Begründung „eine solche Vorstellung ist mit der Struktur einer Marktwirtschaft und einer freien Wettbewerbsordnung unvereinbar“, die Ablehnung der Unternehmer. Sie sind in ihrer Argumentation folgerichtig. Wenn der Arbeiter in das innere Getriebe des Betriebes nicht hineinschaue und in den Betriebsfragen nicht entscheiden soll, dann darf er es natürlich erst recht nicht auf der höheren Ebene der Kartell- und Konzernbildung. Dies schlagen die Unternehmer rundweg ab. Bezeichnenderweise sind sie aber für eine andere überbetriebliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften. Sie erinnern sich an die unselbige Zentralarbeitsgemeinschaft, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen in der Weimarer Republik im „Vorläufigen Reichswirtschaftsrat“ bestand. Deshalb schlagen sie vor, daß ein „Bundeswirtschaftsrat“, „Landwirtschaftsräte“ und „Freie bezirkliche Arbeitsgemeinschaften“ zwischen Unternehmer und Gewerkschaftsorganisationen gebildet werden. Hier sprechen die Unternehmer nun ganz aus dem Herzen der rechten Gewerkschaftsführung, eines Böckler, Kummernuß und Freitag, wenn auch in einzelnen Punkten über die Durchführung der Arbeitsgemeinschaft zwischen „Kapital und Arbeit“ noch Differenzen bestehen. Die rechten Gewerkschaftsführer kommen in diesem Punkt den Unternehmern gerne entgegen. Daß die Ar-

beitersgemeinschaft die Aufgabe der gewerkschaftlichen Grundsätze und Ziele bedeutet, wollen sie nicht sehen, das muß aber die Arbeiterschaft sehen. Die Propaganda der Unternehmerrhören amerikanischen AoFL in der deutschen Gewerkschaftsbewegung diente u. a. hauptsächlich auch diesem Zweck.

Wir wollen in diesem Zusammenhang auf die einzelnen Organe der Arbeitsgemeinschaft, wie sie in der Denkschrift der Unternehmer dargestellt werden, nicht eingehen, wollen aber als wesentlich noch festhalten, daß die Unternehmer eine Neuordnung des Verfahrens bei den Betriebsratswahlen erstreben. Rechte für den Betriebsrat soll es nach ihnen nur soweit geben, als sie sich „mit den Pflichten und Verantwortungskreis“ der Unternehmer vereinbaren lassen. Dem Betriebsrat soll nur Gelegenheit in „beratender Stellungnahme“ gegeben werden, ungefahr nach dem Grundgesetz. Seine Meinung kann er sagen, aber entscheiden tun wir so, wie wir es als Unternehmer wollen. Daß den Unternehmern die Verpflichtung der Betriebsräte zur Gewerkschaftsarbeit für die „Erhaltung des Arbeitsfriedens“ vorschwebt, versteht sich bei diesem scharfmacherischen Unternehmerprogramm eigentlich von selbst.

Arbeitervertreter in den Aufsichtsorganen müssen nach der Unternehmenden Denkschrift „mindestens 30 Jahre alt und 10 Jahre in dem Unternehmen tätig sein.“ Das Uebergewicht der Unternehmer in diesen Organen muß von vornherein feststehen. Mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder dürfen nicht von Arbeitervertretern gestellt werden.

Nach dem Unternehmervorschlag liegt bei der Betriebsleitung die „letzte Entscheidung über Fragen der Personalpolitik“. „Großzügig“ räumen die Unternehmer in ihrer Denkschrift ein, daß in Betriebsvereinbarungen zwischen Betrieb und Unternehmer, Richtlinien für die „Einstellung und Entlassung“ von Arbeitern festgelegt werden sollen. Mit dieser Formulierung ist aus dem Personenkreis über den der Betriebsrat ein Wort zu reden hat, von vornherein das leitende Personal ausgeschlossen.

Wie schon gesagt, ist die Denkschrift der Unternehmervverbände an die Adresse des Bundestages gerichtet. So wollen diese das Mitbestimmungsrecht durch die reaktionäre Bundestagsmehrheit abgewürgt haben. Das glauben die Unternehmer-Organisationen heute bereits wagen zu dürfen!

Es gibt nur eine Sicherung dagegen, daß die Unternehmer sich mit ihrem reaktionären Vorschlag durchsetzen, diese besteht darin, daß in Württemberg-Baden und in Hessen von den Belegschaften das, was ihnen nach den Ländergesetzen zusteht, rasch verwirklicht wird. Darüber hinaus müßten in Westdeutschland in allen Betrieben Tatsachen geschaffen werden. Wie das Mitbestimmungsrecht praktisch aussehen wird, darüber entscheidet allein der Kampf der Belegschaften, eines jeden einzelnen Betriebes. Willy Grimm.

Er kann uns nicht mehr schaden

Düsseldorf (EB). „Freies Volk“, das Zentralorgan der KPD, schreibt u. a. zu der geübten Entlarvung und Ausstoßung des Agenten Kurt Müller aus der KPD folgendes: In der internationalen Arbeiterbewegung sind viele Versuche zu verzeichnen, den „kalten Krieg“ gegen die Kommunistische Partei mittels Verleumdung, Hetze, mittels Agenten und ihrer zersetzenden Tätigkeit zu führen. Kurt Müller, auch Kutsch genannt, war eine solche Figur, den die Strategen des kalten Krieges auf dem Schachbrett gegen uns einsetzten. Durch einen erfolgreichen Gegenzug unserer Partei wurde er jedoch geschlagen, fiel vom Brett und kann uns nicht mehr schaden.

Daß uns das gelungen ist, ist ein Erfolg unserer Partei, die sich unter der Führung von Max Reimann fester zusammenschließt und sich ansieht, die ihr geschichtlich gestellte Mission zu erfüllen, den amerikanischen Imperialismus sowie seine Verbündeten und Helfershelfer in Westdeutschland zu vertreiben, die Einheit unseres Vaterlandes zu sichern. Es wäre jedoch leichtfertig, zu meinen, daß der Gegner seine dunklen Absichten aufgibt. Gerade darum muß der Fall des Agenten Müller zu einem Lehrbeispiel für die ganze Partei, die Arbeiterklasse, für unser Volk, gemacht werden.

Die Partei muß, indem sie das politische und ideologische Niveau ihrer gesamten Mitgliedschaft festigt und hebt, die politische Wachsamkeit stärken, um die Treibereien feindlicher Elemente zu durchkreuzen. Eben weil solche im Dienste des Imperialismus und der Reaktion stehenden Agenten sich bei ihrer parteifeindlichen und schädigenden Tätigkeit tarnen, doppelzüngige Methoden anwenden und versuchen, die Partei zu desorientieren oder die Genossen gegenseitig auszuspielen, kann nur erhöhte Wachsamkeit, die Festigung unserer Partei durch die Neuwahl operativer Leitungen, die Durchführung der politischen Aufgaben ein Gradmesser sein, wer zur Partei ein offenes Verhältnis hat, wer bereit ist, ihre politische Linie durchzusetzen, den Frieden zu sichern und auf dem Wege der Nationalen Front die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu erringen.

Nur dann werden die Feinde machtlos gegenüber der KPD sein, wenn wir offen und ohne Scheu die Mängel und Schwächen unserer gesamten Parteiarbeit diskutieren und gemeinsam die Voraussetzungen schaffen, sie zu überwinden. Durch die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik haben die Genossen im Lande Niedersachen, wo die Tätigkeit Müllers sich am stärksten auswirkte, die Parteiführung auf diese Tatsachen aufmerksam gemacht, wie Max Reimann in seinem Bericht vor dem Parteivorstand sagte. Sie haben somit geholfen, den Parteifeind Müller, der einer der gefährlichsten war, zu entlarven und ihn damit unschädlich zu machen.

„Wir haben keine Geheimnisse vor unserer Partei, vor unserer Klasse und vor dem Volk“, wie Max Reimann erklärte, „weil die Sache unserer Partei, die Sache des Volkes ist.“ Und das Volk wird uns verstehen, wenn wir auf diesem Weg fortfahren. Es ist der Weg zu einem besseren und friedliebenden Deutschland, in dem die Schaffenden in Frieden, Glück und Wohlstand leben können.

Wachsamkeit stärkt die Front des Friedens

Die Partei hinter Max Reimann

Düsseldorf. Die Landesdelegiertenkonferenz der KPD Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1950 in Düsseldorf stellte sich vollinhaltlich hinter die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 10. Mai 1950. Die Vertreibung des trotzkistischen Agenten Kurt Müller aus der Partei ist ein schwerer Schlag gegen die Imperialisten, ihre Nachrichtendienste und Spionageagenturen. Die Entlarvung des Spions Müller ist ein Erfolg der beharrlichen Arbeit des Parteivorstandes unter Führung des Genossen Max Reimann für die ideologische, politische Festigung der Partei und die Er-

schluß des Agenten Kurt Müller aus der Partei. Die Entlarvung der doppelzüngigen Rolle Müllers ist ein Erfolg der verstärkten politischen Wachsamkeit in der Partei; er wird der Partei ein Ansporn sein, die Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung weiterzuführen und allen Widerständen und Störungsmanövern zum Trotz ihre Aufgaben im Kampf um die soziale und nationale Befreiung unseres Volkes erfolgreich zu erfüllen.

Der Aufstieg der Sowjetunion

Holländischer Diplomat zeugt für Friedenswillen und Aufbau der SU. Der kürzlich nach Holland zurückgekehrte ehemalige holländische Botschafter in Moskau Dr. Philips G. Visser, sprach in Amsterdam vor der Niederländischen Gesellschaft für Handel und Gewerbe: „Die Sowjetunion wünscht keinen Krieg.“

weil Krieg Unterbrechung des industriellen Aufbaus bedeuten würde“, sagte der ehemalige Botschafter im Verlaufe seiner Ausführungen. „Die Periode des Ueberflusses, der die Sowjets zustreben, wird vermutlich in 20 Jahren erreicht sein, wenn das gegenwärtige Tempo im Aufbau beibehalten wird.“ sagte Dr. Visser an einer anderen Stelle seines Vortrages. Das kulturelle Niveau in der Sowjetunion kennzeichnete Dr. Visser mit der Angabe, daß in der Sowjetunion auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 4,5 Bücher gedruckt werden, in Holland dagegen 1,5 Bücher, wie die holländische Zeitung „De Waarheid“ bemerkt.

„Eine unverkennbare Vorwärtsentwicklung ist festzustellen. Selbst gegenüber der Zeit vor zwei Jahren ist der Unterschied groß“, sagte der ehemalige Botschafter und ferner: „Man sieht jetzt keinen Menschen mehr in Moskau auf der Straße, der nicht gut angezogen ist.“

Arbeitersiedlung Schönau darf stolz sein

Mehr Unterschriften für den Frieden als bei der Wahl die Stimmen aller Parteien zusammen betragen

Mannheim. Die Verlängerung der Unterschriftenammlung für den Frieden hat sich in der Arbeitersiedlung Schönau sehr gut ausgewirkt. Die dortigen Friedensfreunde teilen zusammen, KPD, SPD, CDU, DVP und Parteilose haben bei den Bundestagswahlen 1719 Stimmen erreicht. Um fast 100 ist die Gesamtzahl der bei der Bundestagswahl abgegebenen Stimmen in der Arbeitersiedlung Schönau überschritten. Die Friedensfreunde auf der Schönau können auf ihre Leistung stolz sein. Ihr Beitrag ist in der Größe in Mannheim unerreicht.

Nürnberg. (EB) Das Nürnberger Friedenskartell gab vor Eröffnung des Landesriederungskongresses in Bayern das Resultat der Unterschriftenammlung in der Stadt Nürnberg mit 50 000 bekannt. Nürnberg steht mit diesem Ergebnis von allen Städten in Westdeutschland in vorderster Linie.

Gegen das Gesetz Nr. 24

Das zentrale Anti-Demontage-Komitee nimmt Stellung zum Gesetz Nr. 24 der Alliierten Hohen Kommission

Das Gesetz Nr. 24 der Hohen Alliierten Kommission trägt den Namen „Gesetz zur Verhinderung der Wiederaufrüstung“. Wenn es sich wirklich um die Verhinderung der Wiederaufrüstung handeln würde, wäre dabei aber Einschränkungen vor, die die weitere friedensmäßige Entwicklung unserer Wirtschaft verhindern. Im Abkommen von Potsdam wurde ausdrücklich festgelegt, daß Deutschland eine ausreichende Friedenswirtschaft erhalten soll. Mit diesem Gesetz ist beabsichtigt, eine Steigerung der eigenen Produktion und den Export deutscher Waren auszuschalten. Zur Weiterentwicklung und Steigerung der Produktion und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit aber sind notwendig Export und verstärkter Außenhandel. Obwohl Westdeutschland im März 1950 95 Prozent der Produktionskapazität von 1938 erreicht hat, bei dem Zustand, daß ein Drittel mehr Menschen als vor dem Kriege in diesem Gebiet durch seine Wirtschaft versorgt werden müssen, steht fest, daß eine Stockung in der Produktion und Absatzschwierigkeiten vorhanden sind. Trotz Saison-Begünstigungen des Frühjahrs hat sich an der bestehenden Zweimillionenzahl Arbeitsloser im wesentlichen nichts geändert.

Der koloniale Zustand Westdeutschlands soll gefestigt und die Ausbeutung durch anglo-amerikanische Monopole gesichert werden.

Das zentrale Antidemontage-Komitee erhebt seine Stimme gegen die völkerrechtswidrige Behandlung durch anglo-amerikanische Besatzungsmächte. Es ruft das deutsche Volk auf, in geschlossener Front sich zusammenzufinden gegen die Rechtsmache und für die Abwehr aller Anschläge auf die Existenz des deutschen Volkes.

Die Antidemontagekonferenz am 21. Mai 1950 in Hannover wird Stellung nehmen zum Gesetz der Hohen Alliierten Kommission. Sie wird Beratungen abhalten und Beschlüsse fassen, die zur Verteidigung der nationalen Interessen der deutschen Bevölkerung notwendig sind.

Zentrales Antidemontage-Komitee
gez. Karl Hartmann

Erklärung des Landessekretariats der KPD Württemberg-Baden

Stuttgart. Das Landessekretariat Württemberg-Baden hat einen Bericht von der Sitzung des Parteivorstandes der KPD am 10. Mai 1950 entgegengenommen und eingehend besprochen. Es begrüßt einstimmig den Aus-

höhung der Wachsamkeit. Die Arbeit des Parteivorstandes führte in den unteren Einheiten unserer Partei zur Entwicklung der Initiative im Kampf gegen die Parteifeinde. So wurden die unteren Einheiten befähigt, zu der Entlarvung beizutragen. Die Entlarvung des trotzkistischen Verräters Müller zeigt der Partei, daß die kleine Zahl der feindlichen Agenten aus der Partei vertrieben wird, wenn sie ihre Aufgabe auf den Grundlagen der Beschlüsse und Entschlüsse der Partei, auf dem Boden der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin durchführt. Die Funktionäre im Lande Nordrhein-Westfalen, die ganze Parteiorganisation an Rhein und Ruhr, blickt voller Stolz und Vertrauen auf den Vorstand unserer Partei und auf ihren Vorsitzenden, den Genossen Max Reimann. Es lebe der Kampf der KPD gegen alle Volksfeinde, für den Frieden, die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes. Es lebe der Parteivorstand, das leitende Zentrum des Friedens und freiheitlichen Kampfes in Westdeutschland. Es lebe Max Reimann, der Führer unserer Partei, der Vorkämpfer für Frieden und nationale Unabhängigkeit.

Bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten wird auch der Generalrat des Gewerkschaftskongresses dem Druck der Lohnforderungen von allen Seiten nicht standhalten können.

Mit arbeitsfähigen Leitungen meistern wir die Aufgaben

Kritische Bemerkungen zur Neuwahl der Parteileitungen

Vom Sekretariat des Parteivorstandes der KPD wird geschrieben: Es war kein Zufall, daß auf der 14. Parteivorstandssitzung gleichzeitig mit der Resolution zur ideologisch-politischen Festlegung unserer Partei die Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl aller Parteileitungen beschlossen wurde. Beide Beschlüsse stehen in einem unlöslichen Zusammenhang und eine Aufgabe kann von der anderen nicht getrennt werden.

Um diesen Zusammenhang richtig zu verstehen, muß man die Lehren des Genossen Stalin beherzigen, die uns die lebendige Einheit zwischen Theorie und Praxis sichtbar machen. Die Lehre des Genossen Stalin besagt:

„Natürlich wird die Theorie gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genau so wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet.“

Die erste Schlußfolgerung der Partei aus diesem Lehrsatz kann nur sein, daß die Diskussion über die Probleme der ideologisch-politischen Resolution nicht Selbstzweck ist, sondern geführt wird, um die Partei ideologisch zu festigen, sie auszurüsten und zu wappnen für den Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und die kolonialen Unterdrücker.

Die zweite Schlußfolgerung muß sein, daß wir die Erkenntnisse aus den Problemen der ideologisch-politischen Resolution in der Praxis verwerten und den Kampf um Unabhängigkeit und Frieden, um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, höhere Löhne, eine bessere Zukunft in einer freien, unabhängigen deutschen demokratischen Republik organisieren und zum siegreichen Ende führen.

Der Erfolg der Arbeit hängt von der Organisation des Kampfes für die Durchführung der Politik der Partei ab

Dieser Erkenntnis tragen die Beschlüsse der 14. Parteivorstandssitzung Rechnung, indem sie unserer Partei für ihren Kampf die ideologisch-politische Grundlage geben und gleichzeitig durch die Neuwahl der Leitungen die Voraussetzung schaffen, daß die Partei ihre Aufgaben lösen kann.

Richtig arbeiten auf der Grundlage der Dokumente der Partei

Das Leben und die Praxis haben die Richtigkeit der Beschlüsse des Parteivorstandes vollumfänglich bestätigt. Das Leben und die Praxis beweisen, daß dort, wo die Beschlüsse der Partei zur Durchführung kommen, das Gerede über angebliche Schwierigkeiten verstummt und positive Arbeit mit positiven Resultaten geleistet wird.

Ein gutes Beispiel

Die lebendige Bestätigung für diese Feststellung gibt das Beispiel der Nürnberger Kreisorganisation. Dort wurde nicht nur der Beweis erbracht, daß die Beschlüsse der Partei zu realisieren sind, sondern auch gezeigt, wie ihre Durchführung die Partei belebt und operationsfähiger gestaltet. Das war nur möglich, weil die Genossen unter Anwendung von bolschewistischer Art der Kritik und Selbstkritik auf der Grundlage der Politik der Partei eine der entscheidenden Ursachen ihres Versagens in der Vergangenheit darin erkannten, daß die Dokumente des Parteivorstandes von der Kreisleitung bisher nur ungenügend beachtet wurden, wodurch es zu keiner richtigen politischen Aufgabenstellung und einer den Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei entsprechenden Arbeitsweise kommen konnte.

Diese Erkenntnis öffnete den Genossen den Blick für die politische Notwendigkeit der Durchführung der Beschlüsse der Partei. Sie hörten auf, über Schwierigkeiten zu reden und gingen an die Arbeit. Die in Verbindung mit der ideologisch-politischen Diskussion vollzogene Untergliederung der Organisation in den Grundeinheiten bestätigte die Richtigkeit der Dokumente der 14. Tagung des Parteivorstandes, daß die großen Stadtteilorganisationen ein zu schwerfälliges Organisationsgebilde sind und ein reges Leben der Partei nur in kleinen, beweglichen, operationsfähigen Grundeinheiten entwickelt werden kann. Es zeigt sich, daß die prozentuale Erfassung der Mitgliedschaft erhöht, die Diskussion verbreitert und damit die ideologische Erziehungsarbeit verstärkt und vertieft wird. Während im Zuge der Reorganisation in einer Parteieneinheit von 204 Mitgliedern nur 36 Prozent in einer Versammlung und in einer anderen von 220 Mitgliedern 21 Prozent der Mitglieder erfaßt wurden, erreichten andere kleine Grundeinheiten einen Besuch von 57 und 60 Prozent.

Die Genossen von Nürnberg haben die Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen richtig verstanden, denn dort heißt es:

„Das Fundament der Partei bilden die Betriebs- und Wohngebietsgruppen, durch die wir mit den Massen in den Betrieben und im Wohngebiet aufs engste verbunden sein müssen und die ihren Kampf organisieren und leiten.“

Sie haben den ersten entscheidenden Schritt getan, die Rolle der Partei besser und konsequenter zu verwirklichen.

Sie haben verstanden, daß die Partei nur dann ihre Aufgaben erfüllen kann, wenn sie durch operationsfähige Grundeinheiten mit den Massen verbunden ist und vor allem die Partei in den Betrieben verankert wird. In der Durchführung ihrer Aufgabenstellung gelang es den Nürnberger Genossen, in drei Betrieben neue Betriebsgruppen zu schaffen.

Rechtzeitig und kühn neue, junge Kader befördern

Die Praxis hat bewiesen, daß es dort, wo mutig und kühn an die Lösung der Aufgaben herangegangen wird, auch keinen Mangel an Funktionären gibt.

Wo wir Schluß machen mit dem Zögern, neuen, nach 1945 zur Partei gestoßenen Genossen und jungen, entwicklungsfähigen Mit-

gliedern den Weg in Funktionen der Partei freizumachen, wo wir brechen mit der falschen, die Partei behindernden Auffassung, daß diese neuen und jungen Genossen nicht fähig sind, die Partei zu führen, wo wir die große Hilfe der Sowjetunion, die sie uns durch die vielen politisch qualifizierten Heimkehrer

leistete, würdigen und erkennen, dort gibt es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Frage des Funktionärwachstums. Unsere Partei muß lernen, umsichtig und systematisch neue Mitarbeiter zu entwickeln, wie der Genosse Stalin sagte: „rechtzeitig und kühn neue, junge Kader befördern“ und „die Mitarbeiter so auf die Arbeitsplätze verteilen, daß sich jeder am richtigen Platz fühle, daß jeder Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache das Höchstmögliche leisten könne, wozu er seinen persönlichen Anlagen nach überhaupt fähig ist.“

Wo diese kostbaren Erfahrungen der Geschichte der KPdSU in den Wind geschlagen und mißachtet werden, wird die Arbeit der Partei gehemmt und gelähmt. So zeigt es sich z. B. in einem Bericht der Landesorganisation Württemberg-Baden. In diesem Bericht heißt es, daß dort, wo ein gutes, arbeitsfähiges Kreissekretariat besteht, die Arbeit gründlich durchgeführt wird und auch zu Erfolgen führt. Weiter heißt es darin, daß eine Reihe größerer Kreissekretariate Schwächen in ihrer Arbeit aufweisen, weil die Genossen durch Funktionen in Gewerkschaften, Betrieben, Gemeindeparlamenten usw. stark überlastet sind, so daß ihre Parteifunktion mehr oder weniger formellen Charakter trägt, und die Arbeit an wenigen Genossen, manchmal nur am Kreissekretär hängenbleibt. Was hindert die Genossen von Württemberg-Baden, arbeitsfähige Leitungen zu schaffen? Die Voraussetzungen dazu bestehen, die Menschen dazu sind da, denn in dem Bericht heißt es weiter:

„Die Genossen (gemeint sind die Ueberlasteten) sind in der Regel die politisch stärksten und auch rednerisch begabtesten und machen es jungen Genossen oft schwer, aktiv in das Geschehen einzugreifen.“

Kann man hier von Funktionsmangel sprechen? Oder muß man hier nicht davon sprechen, daß ein sträfliches Sektierertum manche Genossen blind macht und sie zur Funktionshamsterei verleitet, die den jungen Genossen den Weg in verantwortliche Funktionen versperrt und die jungen, lebensfähigen Triebe der Partei verkümmern läßt.

Die Jugend der goldene Fonds der Partei

Die Genossen von Württemberg-Baden und die gesamte Partei müssen lernen aus dem Beispiel unserer Landesorganisation in Schles-

Arbeitsfähige Leitungen befähigen die Partei, ihre Rolle als Führerin im Kampf um die nationale Befreiung zu verwirklichen

Unsere stärkste Landesorganisation Nordrhein-Westfalen steht vor dem Wahlkampf, in dem an die gesamte Partei, jede Leitung, jeden Funktionär und jedes einzelne Mitglied hohe Anforderungen gestellt werden müssen, um den Kampf um Unabhängigkeit und Frieden einen entscheidenden Schritt vorwärts zu bringen. Zur Lösung dieser Aufgabe hätte sich die Partei besser befähigt, wenn das Landessekretariat auf der Grundlage der Beschlüsse der 14. Parteivorstandssitzung in enger Verbindung mit der Durcharbeitung der Resolution die beschlossene Neuwahl der Leitungen gründlich vorbereitet und durchgeführt hätte. Diese Feststellung muß deshalb getroffen werden, weil es, abgesehen von Unterschiedlichkeiten, eine allgemeine Erscheinung ist, daß die große politische Bedeutung der Neuwahl der Leitungen unterschätzt wird. Es wurde allgemein und insbesondere in Nordrhein-Westfalen nicht genügend erkannt, daß die sorgfältige Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen der Hebel ist, mit dem in der Partei eine Wendung zur besseren Lösung ihrer Aufgaben erzielt wird, daß sie das beste Mittel zur Mobilisierung der Mitgliedschaft für die Durchführung der Politik der Partei im allgemeinen und im besonderen für die Führung eines aktiven, wirksamen Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen ist.

Man führt keinen erfolgreichen Wahlkampf ohne arbeitsfähige Leitungen

Die Genossen von Nordrhein-Westfalen müssen bei der Vorbereitung des Wahlkampfes davon ausgehen, daß die entscheidende Voraussetzung für seine erfolgreiche Durchführung die Schaffung arbeitsfähiger Leitungen ist, die den Wahlkampf organisieren, anleiten und lenken.

Es ist allgemein festzustellen, daß die Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen ungenügend beachtet und in vielen Fällen verletzt werden. Das äußert sich bereits in der oberflächlichen Vorbereitung der Mitgliederversammlungen in manchen Parteieinheiten. In vielen Fällen wurde versäumt, die Mitglieder persönlich aufzusuchen, mit ihnen zu sprechen und sie einzuladen, wie es die Richtlinien festlegen.

Die Beschlüsse legten weiter fest, daß in zwei außerordentlichen Mitgliederversammlungen ein Tätigkeitsbericht der alten Leitung gegeben werden muß, durch den die bisherige Arbeit einer kritischen Ueberprüfung unterzogen wird, deren Ergebnis zu einer konkreten Aufgabenstellung in einer Resolution niedergelegt werden soll. Diese Tagesordnung wurde in einer ganzen Reihe von Parteieinheiten nicht eingehalten.

Ungenügend beachtet wird, daß im Zeitraum von Ende März bis Ende Mai nicht nur in den Grundeinheiten, d. h. den Betriebsgruppen, Wohngebietsgruppen und nichtuntergliederten Ortsgruppen, sondern auch in den Stadtteilorganisationen und untergliederten Ortsgruppen neue Leitungen gewählt werden müssen. Zu diesem Hinweis gibt der Umstand

wig-Holstein, wo kühn und mutig aus dem goldenen Fonds der Partei, unserer Jugend, geschöpft wurde und ein Landessekretariat die Führung der Partei übernahm, in dem neben alten, bewährten Genossen junge Genossen, die nach 1945 zur Partei kamen, in aktivem Einsatz Erfahrungen sammelten und sich bewährten, zusammenarbeiteten. Vier Genossen dieses Landessekretariats sind unter 30 Jahre alt.

Die Partei muß lernen aus dem Beispiel der Nürnberger Parteioorganisation, die an den Anfang ihrer Arbeit nicht die Diskussion über Schwierigkeiten stellte, sondern den Willen, sie zu überwinden. Es erwies sich, daß es keine Schwierigkeiten gibt, die nicht zu beseitigen sind, wenn man kämpferisch, getragen vom Vertrauen in die Kraft der Partei, vorwärtsdrängt. Von einer solchen Partei werden die besten Söhne der Arbeiterklasse und des Volkes mitgerissen, das bestätigt das Beispiel von Nürnberg, wo 150 neue Funktionäre in die Reihen der aktiven Parteiarbeiter einbezogen wurden. Hier wurde der Beweis erbracht, daß in der Partei kein Mangel an Funktionären herrscht. Zur Lösung des Nachwuchses unserer Funktionäre muß die Partei alle ihre Anstrengungen darauf richten, die positiven Ansätze, die sich in der Heranziehung junger Kräfte in der Arbeit zeigen, zu verstärken und weiterzuentwickeln.

Insbesondere gilt es zu beachten, daß in viel stärkerem Maße als bisher Frauen und junge Menschen in die Arbeit einbezogen werden. Wir müssen Schluß machen damit, daß die jungen Genossen „erst lernen und beweisen müssen“, ob sie fähig sind, Funktionen zu bekleiden. Ebenso muß die falsche und schädliche Auffassung überwunden werden, daß Frauen keine verantwortlichen Funktionen einnehmen können.

Die Praxis zeigt: Wo Verständnis für diese Frage vorhanden ist und Frauen und Jugendliche an die Arbeit herangezogen werden, wirkt sich dieses befriedigend auf die Arbeit der Partei aus. Nicht Alter und Geschlecht bestimmen die Qualität eines guten Funktionärs, sondern die Einsatzbereitschaft, die Hingabe und der Wille, zu kämpfen. Wenn die Partei an Stelle des vermeintlich einzigen fähigen Universalfunktionärs viele Tausend neue arbeitsfreudige und ebenso fähige junge Funktionäre entwickelt, dann wird es mit unserer Arbeit vorwärtsgehen.

Anlaß, daß in den meisten Arbeitsplänen nur von der Neuwahl der Leitungen in den Grundeinheiten gesprochen wird.

Keinen Ressortgeist unterstützen - schafft kollektive Leitungen

Die Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen legen fest, daß die neue Leitung, mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, der in einem besonderen Wahlgang zu wählen ist, als Gesamtleitung gewählt wird. Damit sollte ausdrücklich unterstrichen und erreicht werden, daß die einzelnen Mitglieder der Leitung sich in erster Linie als Mitglieder des Leitungskollektivs und nicht als Ressortarbeiter betrachten sollen. Dieser Beschluß wurde in einer ganzen Reihe von Fällen verletzt, indem die Genossen in den Mitgliederversammlungen für bestimmte Funktionen gewählt wurden.

Die Unterschätzung der Bedeutung der Neuwahl der Parteileitungen führt in einer Reihe von Einheiten zu der gefährlichen Tendenz, daß die alten Leitungen ohne eine kritische Ueberprüfung ihrer bisherigen Tätigkeit unbesehen wiedergewählt werden. Die Durchführung der Beschlüsse der Partei auf diese Art, zeugt von oberflächlicher Arbeitsweise, denn es gibt keine alte Leitung, die so stark ist, daß eine Verstärkung nicht mehr notwendig wäre. Selbstverständlich werden jene Genossen, die in der Vergangenheit gut und aktiv gearbeitet haben, von der Mitgliedschaft wiedergewählt. Jene Genossen aber, die ihre Funktionen mangelhaft und schlecht ausübten, müssen durch solche ersetzt werden, die der Partei die Gewähr bieten, daß sie durch aktive Einsatzbereitschaft die Arbeit besser organisieren, anleiten und führen helfen.

Zum besseren Verständnis für die Bedeutung der Neuwahl der Leitungen muß die Partei von der Tatsache ausgehen, daß es eine große Anzahl Kreis- und Stadtteilorganisationen, Wohngebiets- und Ortsgruppen gibt, die keine arbeitsfähigen Leitungen haben, in denen es mangels einer operativ arbeitenden Führung kein aktives politisches Leben gibt. Wie will unsere Partei die Massen für den Kampf um den Frieden und die nationale Befreiung gewinnen und führen, wie will unsere Partei in Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Durchbruch erzielen, wenn wir uns blind stellen und nicht sehen wollen, was ist, wenn wir, anstatt eine Änderung herbeizuführen, die Dokumente der Partei weiterhin unbeachtet lassen und ungenügend Lehren aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere aus den Erfahrungen der KPdSU ziehen. Daher ist es eine unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben der Partei, wenn sie die konkreten Tagesfragen lösen will, daß die Neuwahl der Leitungen erster genommen und gründlicher und sorgfältiger vorbereitet und durchgeführt wird. Nur so kann unsere Partei ihre Rolle als Führerin der Massen im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsbrennstifter und Kolonialherren verwirklichen.

Bei uns selbst beginnen!

Das wichtigste bei der Neuwahl der Leitungen

Aus dem Parteilieben

Welche Erfahrungen haben wir in der Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen zu beherzigen? Wir haben diese und jene. Nehmen wir heute speziell zu einer Art von Erfahrungen Stellung.

In den Richtlinien des Parteivorstandes wird zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen auf die zwei Generalversammlungen der Grundeinheiten unserer Partei verwiesen. Hierzu wird auf die Auffassung verwiesen: „Eine Generalversammlung hätte vollständig gereicht, zumal wir zu deren Durchführung nur schwerlich Zeit haben“. Wie unrichtig und falsch solche Auffassungen sind, zeigen eine Reihe von Beispielen. Wir denken hierbei vor allem an die Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlungen in den Betriebs-

gruppen. Zum Teil sind wir dort schon bei der dritten Zusammenkunft, die wir aber trotzdem erst als die erste Generalversammlung bewerten dürfen. Das trifft sowohl in der Betriebsgruppe „KBC“ wie in der Betriebsgruppe „Konrad“ in Lörrach zu. Daraus ist vor allem zu ersehen, wie unpolitisch von Seiten der Partei an die Vorbereitung der Generalversammlungen hergegangen wird. Wenn aber die Neuwahlen der Leitungen nicht zu einem wirklichen politischen Akt in den Organisationen gestaltet werden, werden auch neu gewählte Leitungen keine Änderungen bringen. Das wird in den Richtlinien des Parteivorstandes mit der Festlegung von zwei Generalversammlungen mit allem Ernst unterstrichen.

Wie muß nun von der politischen Seite an

die Vorbereitung der Neuwahl der Leitungen herangegangen werden? Hierzu haben wir die Dokumente der Partei, die Resolution der 14. Tagung des PV und die Resolution der 15. Tagung des PV. Richtig ist es, daß diese Dokumente in den Organisationen schon behandelt wurden und weiterhin behandelt werden. Genau so trifft es aber auch zu, daß wir noch längst nicht zur Genüge mit diesen Dokumenten an unsere Genossen in den Betrieben herankamen. Eine Umfrage in einer Betriebsgruppenversammlung der Betriebsgruppe „KBC“ ergab, daß die meisten Genossen von der Resolution der 15. Tagung des PV überhaupt noch nichts wußten. Nicht viel anders sind oft die ideologischen Probleme der Partei durchgearbeitet.

Ein Genosse bezweifelte in der Betriebs-

gruppe „KBC“ ernsthaft die Gefahr eines neuen Krieges. Obwohl er selbst fast eine ganze Liste mit Unterschriften für den Frieden sammelte, vertrat er die Meinung: „Heute ließe sich mit den Arbeitern nicht anfangen. Was soll man dazu sagen? Das Geben der Unterschrift für den Frieden sagt sehr viel. Man muß dies erkennen um bei der Sammlung der Unterschriften für den Frieden die volle Gefahr eines neuen Krieges aufzuzeigen.“

Oder nehmen wir das Beispiel der Betriebsgruppe „Konrad“ in Lörrach, in der ein Genosse meinte: „Ja, Theorie und Praxis, das ist ein großer Unterschied.“ Hier zeigt sich nicht nur ein Nichterkennen des notwendigen Zusammenhangs von Theorie und Praxis in unserer Tätigkeit, sondern in dieser Argumentation liegt der Versuch, im Voraus eine Begründung zu geben, um sich an Betriebsgruppenbeschlüsse nicht halten zu müssen. Solche Dinge haben die Genossen in den Betrieben mit Recht satt. So kann keine Betriebsgruppenarbeit entwickelt werden.

Voraussetzung für eine arbeitsfähige Betriebsgruppenleitung bei „Konrad“ und bei „KBC“ in Lörrach ist die notwendige Klarheit auf der Grundlage unserer Parteidokumente. Dort, wo dies geschieht, ergeben sich auch neue und veränderte arbeitsfähige Leitungen, die besser wie bisher ihre Aufgaben bewältigen können. Dieser Aufgabe muß sich auch das Kreissekretariat in vollem Ausmaß widmen.

Wer macht's nach?

Blumberg. (Volkskorr.) Der 9-jährige Junge Roland Herr verkaufte am 1. Mai 50 Stück „Unser Tag“. Wie rührend dieser Junge ist, zeigt u. a. auch, daß er zu Weihnachten 21 Volkskalender und 50 Stück „Volksgemurmel“ zu Fastnacht verkaufte. Der kleine Roland Herr verdient ein besonderes Lob!

Genosse Henke in Blumberg verkauft bereits seit vielen Monaten jeden Sonntag 50 Stück „Unser Tag“ und hat beim letzten Sonderverkauf am 1. Mai ebenfalls wieder 250 Stück Zeitungen verkauft! Auch ihm gebührt ein besonderes Lob. Diese Beispiele sollten jedem als Ansporn dienen!

E. S., Lörrach.

Freiburg. Im Zusammenhang mit der Neuwahl der Leitung führt die Betriebsgruppe der Rhodiaseta am Dienstag, 16. Mai 1950, um 18 Uhr, in den Räumen der Landesleitung, Vaubanstr. 12, eine Mitgliederversammlung durch.

Lörrach. Donnerstag, 18. Mai (Himmelfahrtstag), abends 20 Uhr, findet die zweite Hauptmitgliederversammlung der Wohnbezirksgruppe Lörrach-Süd im Gasthaus zum „Wiesentäler Hof“ statt. Wir ersuchen die Mitglieder des Stadteits unbedingt daran teilzunehmen.

Lörrach. Donnerstag, dem 18. Mai (Himmelfahrtstag), abends 20 Uhr, findet die zweite Hauptmitgliederversammlung der Wohnbezirksgruppe Lörrach-West statt. Tagesordnung: Neuwahl der Gesamtleitung. Es ist Pflicht aller Mitglieder, daran teilzunehmen.

Steigende Arbeitslosigkeit im Bezirk Lörrach. Nach dem Bericht des Arbeitsamtsbezirks Lörrach stieg die Zahl der Erwerbslosen im Monat April wiederum um 200 auf 1854.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, wird von den Organen der Industrie die Wirtschaftsentwicklung pessimistisch betrachtet. Selbst die Textilindustrie, die bis jetzt noch einen einigermaßen gesicherten Auftragsbestand hatte, äußert sich zurückhaltend und rechnet für die Zukunft mit einer Absatzkrise der oberbayerischen Textilindustrie. Mit Neuestellungen ist also nicht zu rechnen. Auch die chemische Industrie hat keinen Kräftebedarf. Die Sodaproduktion krankt unzweifelhaft an ernsthaften Krisenerscheinungen. Die Sägewerke sind nach wie vor schlecht beschäftigt. Die Bürstenindustrie hat im Moment noch Aufträge, doch liegen keine Aufträge für die nächsten Monate vor. Die Schuhfabriken arbeiten kurz.

Da bedingt durch die chronische Absatzkrise keinerlei Besserung im Auftragsbestand zu erwarten ist, rechnet man mit keinerlei Veränderungen der derzeitigen schlechten Lage.

Mit obigen Feststellungen bewährheiten sich die Worte der Kommunisten einmal mehr, die anstatt das Volk mit schönen Phrasen zu belügen, die ganze krisenhafte Entwicklung unserer Wirtschaft immer wieder aufzeigen und auf ihre Ursachen, die Kolonialisierung und Marshallisierung, verweisen.

Verbesserung im Rastatter Postdienst

Rastatt. Mit dem 13. d. Mts. trat im Landkreis Rastatt eine Verbesserung des Postdienstes ein. An den Samstagsnachmittagen wird eine zweite Landkraftpostfahrt eingeleitet, die vom Postamt Rastatt ausgehend folgende Orte berührt: Abfahrt 15 Uhr: Rastatt — Siedlung — Niederbühl — Föhr — Haueneberstein — Sandweier — Hügelheim — Iffezheim — Wintersdorf — Ottersdorf — Plittersdorf — Steinauern — Jilgingen — Elchesheim — Au (Rhein) — Würmersheim — Oetigheim.

Der Bevölkerung dieser Orte ist es daher möglich, Zeitungen usw. die nach Abgang der Frühpost erst in Rastatt eingeht, bei den Postdienststellen auf dem Lande des Samstagsnachmittags abzuholen. Auch der Postabgang vom Lande erfährt hierdurch an den Samstagen eine Beschleunigung.

Für die Orte im Murgtal bietet der Postzug 3935 Freudenstadt — Karlsruhe an Werktagen und Sonn- und Feiertag der Postzug 3917 Freudenstadt — Karlsruhe die Möglichkeit, eilige Briefsendungen durch Einwurf am Briefkasten des Bahnpostwagens zur Beförderung zu bringen. Die Bewohner von Muggensturm haben die Möglichkeit, dringende Briefsendungen mit dem Postzug 932 werktags und dem Postzug 934 an Sonn- und Feiertagen abzusenden. Gewöhnliche Briefsendungen, die werktätlich bis 17 Uhr in den Postbriefkasten bei der Poststelle Muggensturm oder am Bahnhof eingeworfen werden, werden diesem Postzug auch postseitig noch zugeführt.

UMSCHAU IM LANDE

Immer wieder Einbrüche. Freiburg. Im Waldgasthaus St. Ottilien durchwühlten unbekannte Täter zur Nachtzeit alle erreichbaren Behältnisse und stahlen in der Hauptsache Wurst, Schinken und Schokolade.

Vor kurzem wurde in der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft in der Brombergstraße eingebrochen. Die Diebe entwendeten erhebliche Mengen an Lebens- und Genussmitteln, darunter auch Flaschenwein.

Den Zutritt hatten sie sich gewaltsam durch ein Fenster verschafft.

Geldbeutel diebstahl

Freiburg. Beim Einkauf ließ eine Hausfrau ihren Geldbeutel mit etwa 60 DM auf dem Ladentisch eines Geträgs in der Schwabentorstraße liegen. In den Verdacht, den Geldbeutel an sich genommen zu haben, geriet eine zweite Frau, die zu jener Zeit in dem betreffenden Geschäft zugegen war. Bei ihrer Vernehmung gab sie den Diebstahl zu.

Bachstunden der Musikhochschule

Freiburg. Die Musikhochschule Freiburg veranstaltet im Rahmen der Freiburger Bachstunden zum Bachjahr 1950 am Dienstag, Mittwoch und Freitag Orchester- und Chorkonzerte mit auswärtigen Solisten.

Oeffentliche Aufforderung

Lörrach. Das Bürgermeisteramt erinnert an die fällige Zahlung der 1. Rate der Grundsteuer am 15. Mai und an die Zahlung des Schulgeldes für das laufende Jahr für das Hans-Thoma- und das Hebel-Gymnasium. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß der Haushaltsplan vom 15. bis 24. Mai im alten Rathaus, Zimmer 9, öffentlich aufgelegt ist. Näheres siehe Inserat.

Mütterberatung

Rastatt. Am Mittwoch, den 17. Mai, 15 Uhr, findet im Rathausaal eine Mütterberatung statt.

Ortsverband des VdK gegründet

Buggingen. In Buggingen wurde in der vergangenen Woche der Ortsverband des Bundes der Kriegsverwundten, Hinterbliebenen und Sozialrentner gegründet. Verbandsleiter Bräutigam von Sulzburg sprach in der „Krone“ zu den erschienenen Kriegsgenossen. Er erläuterte die Satzungen des Bundes, der bisher in jedem der deutschen Länder ständig arbeitete. In dem anschließend neu gegründeten Ortsverband Buggingen übernahm Albert Butz das Amt des ersten Vorsitzenden. Zweiter Vorstand und Vertreter der Sozialrentner wurde Gottlob Bender. Frau Luise Arnold wurde Kassiererin und Frau Berta Kärcher Schriftführerin.

Das „Volk“ versucht Friedensfreunde zu diffamieren

Fahrnauer Bürgermeister prangert Hetzartikel an

Lörrach. Der Vorbereitende Ausschuss zum Deutschlandtreffen hatte die Lörracher Bevölkerung in einem Flugblatt, das von Professor Dr. Reinold, Josef Knoll, Kreisminister im Ringen, Herrn Bachmann, Bezirksportwart, Hermann Schwöble, Betriebsratsvorsitzender, Fritz Eiche, Gewerkschaftssekretär, Karl Schneider, VVN-Betriebsrat, und Ernst Fallner, Bürgermeister in Fahrnau unterschrieben war, zu einer öffentlichen Versammlung über „Die Bedeutung und der Inhalt des großen Friedentreffens der Jugend“, eingeladen.

Dieses Flugblatt nahm nun das Volk in seiner Ausgabe vom 11. Mai 1950 zum Anlaß, in einem wüsten Hetzartikel unter der Überschrift: „Neue Moskauparole: Auf nach Berlin!“, gegen verantwortungsbewußte Friedensfreunde und junge Deutschlandtrefferfahrer, unter denen sich viele der SPD angehörige Jugendliche befinden, zu polemisieren und sie zu diffamieren.

Als Antwort auf den schmutzigen Artikel des „Volk“ hat Herr Bürgermeister Fallner aus Fahrnau einen Brief an die Redaktion des Volk geschrieben, dessen Duplikat er uns zur freien Verwendung zur Verfügung stellte. Wir drucken diesen Antwortbrief untenstehend im Wortlaut ab:

licher Anstand auch dort wo Gegensätze in Erscheinung treten, macht sich belohnt und wird sich auch in Zukunft belohnt machen.

Beleidigung der deutschen Jugend. Auch ein junges Lörracher Mädel, das zum großen Friedentreffen nach Berlin fährt, wendet sich empört gegen den Hetzartikel des „Volk“ und schreibt:

„Das „Volk“ vom 11. Mai 1950 verbreitet einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Die deutsche Jugend soll Pfingsten nach Berlin! Moskauer bezahlt die Reise, denn eigenes Geld hat die deutsche Jugend nicht.“

Diese Zeilen finde ich sehr bezeichnend. Ich möchte die Redakteure im „Volk“, die am Rande vermerkt, viele junge Menschen, die der SPD angehören, mit ihrem Artikel diffamieren, fragen, warum die deutsche Jugend kein Geld hat und sich Groschen für Groschen für dieses Pfingsttreffen am Munde absparen muß. Warum sind die Verhältnisse in unserem „Goldenen Westen“ so rosig, daß 200 000 milderjährige Kinder abends nicht wissend, wohin sie schlafen legen sollen. Man kann beliebig die katastrophale Lage in Westdeutschland aufzeigen und es soll keiner kommen, von dem Mist im eigenen Hause mit angeblieben

„grauenhaften Verhältnissen“ im Osten unseres Vaterlandes ablenken zu wollen. Warum haltet ihr die westdeutsche Jugend davon ab, diese „grauenhaften Verhältnisse“ in der Deutschen Demokratischen Republik zu sehen?

Viele sozialdemokratische Arbeiter sind mit der Schumacher-Politik nicht einverstanden und fragen gemeinsam mit der Jugend, wie lange noch dieses politische Trauerspiel, in dem die SPD-Partei Führer verantwortungslos die Kolonialpolitik und den Kapitalismus unterstützen, weitergehen soll, und wie lange man noch verantwortungsbewußte deutsche Frauen, Männer und Jugendliche durch gemeine Lügen und Verleumdungen diffamieren will.

Adenauer und Ihr, die den Artikel verfaßt habt, ihr fürchtet Euch vor der Wahrheit, denn ihr wißt genau, daß wenn die deutsche Jugend restlos erkannt hat, auf welcher Seite der Friede und eine glückliche Zukunft für uns liegt, ihr ausgespielt habt.

Die Jugend Deutschlands wird sich in Berlin treffen und sie wird sich trotz aller Hetze diese glückliche Zukunft und den Frieden erkämpfen.

E. S., Lörrach.

Was soll aus Deutschland werden?

Robert Leibbrand vor den Studenten der T. H. Karlsruhe

Karlsruhe. (EB.) Am vergangenen Dienstag sprach im Rahmen der kulturellen und politischen-wissenschaftlichen Vortragsveranstaltung der TH Karlsruhe der Landesvorsitzende der KPD Württemberg-Baden Robert Leibbrand über „Die Nationale Front am Vortag der Sitzreihen des Konzerthauses nicht allzudicht besetzt waren, zog die Theatersetzung unseres Landesvorsitzenden rund 1000 Professoren, Gäste und Studenten an.“

Genosse Leibbrand ging von den weit auseinanderklaffenden Meinungen über die beste wirtschaftliche und staatliche Ordnung, den verschiedensten Auffassungen über die ethischen und moralischen Grundsätze aus, auf Grund derer Gruppen und Einzeln sich den Aufbau Deutschlands vorstellen. Trotz dieser Zersplittertheit der Meinungen müssen die Kommunisten die Frage stellen: Gibt es kein gemeinsames Interesse, nichts, das alle Parteien und Weltanschauungen über alle Gegensätze hinweg einigen könnte? Robert Leibbrand verwies auf die Zusammenarbeit der Menschen der verschiedensten politischen Richtungen unmittelbar nach dem Zusammenbruch 1945, um die elementarsten und primitivsten materiellen Bedingungen des Daseins der Menschen zu sichern. So wie damals, befinden wir uns heute wieder in einem Notstand, dem nationalen Notstand des deutschen Volkes, zugleich noch überschattet vom Gespenst eines neuen Krieges mit seinen unvorstellbaren Folgen.

Wenn man nach den Ursachen fragt, wird jeder je nach seiner Weltanschauung und seinem persönlichen Standpunkt eine Antwort zu finden versuchen. Wir Kommunisten meinen aber, daß sich alle doch darin einig sein sollten, daß die wesentlichste Ursache unseres nationalen Notstandes und das wesentlichste Hindernis bei der Lösung aller anderer Probleme die Spaltung und nationale Abhängigkeit Deutschlands ist. Die deutsche Wirtschaft beiderseits der Zonen-grenzen ist in langer Entwicklung gewachsen. Die Zerreißung dieser tausendjährigen Beziehungen macht uns wirtschaftlich und politisch lebensunfähig. Sie ist die Hauptursache für die strukturelle Arbeitslosigkeit.

An der politischen Abhängigkeit der Bundesrepublik können wir ebensowenig vorbegehen, wie an der wirtschaftlichen. Das Grundgesetz wurde in letzter Instanz nicht von deutschen Abgeordneten, sondern von den Westmächten bestimmt. Die wirkliche Verfassung ist das Besatzungsstatut, was uns immer wieder durch die Einsprüche der Hohen Kommissare gegen deutsche Entscheidungen vor Augen geführt wird. Das deutsche Volk kann nie reif, kann nie ein demokratisches Volk werden, wenn es unter dauernder Bevormundung gehalten wird.

Ein Beispiel dazu ist der Südweststaat. Das Ergebnis der Volksbefragung muß aussehen wie es will, die Entscheidung wird letzten Endes von den Besatzungsmächten getroffen, ihren Bedürfnissen und Absichten wird der deutsche Will untergeordnet. Nicht zuletzt werden die militärstrategischen Interessen das Primat haben. Damit ist die brennendste Sorge der Gegenwart berührt, die Sorge um den Frieden. Wir Kommunisten haben unsere genaue Auffassung über Schuld und Ursachen der Friedensbedrohung. Aber diese Spannungen werden ungenießer verschärft durch die Spaltung und militärische Besetzung Deutschlands. Hier auf deutschem Boden stehen die gegnerischen Mächte einander unmittelbar gegenüber. Das bedeutet, daß bei einem Krieg unser Vaterland unmittelbar zum Schlachtfeld werden würde. Wir sind überzeugt, daß alle Völker der Welt wissen wollen, aber gerade das deutsche Volk ist an ihm am brennendsten interessiert, weil sein Land militärisches Aufmarschgebiet würde. Jede ausländische und westdeutsche Forderung nach deutschen Infanteriedivisionen kann nicht im deutschen Interesse erhoben werden und würde unweigerlich zu einer weiteren Verschärfung der internationalen Spannungen führen.

Deutschland muß fünf Jahre nach der Kapitulation endlich einen Friedensvertrag erhalten, der den Abzug der Besatzungstruppen einschließt. Das wäre nicht nur eine gewaltige Erleichterung für unser Volk, sondern auch ein großer Beitrag zur Sicherung

des Weltfriedens. Wenn man einwendet, daß diese Forderung nicht in unserer Macht liege, so ist das nur sehr bedingt richtig. Die Stimme des deutschen Volkes, wenn sie sich in entsprechender Stärke erhebt, kann nicht überhört werden.

Wir Kommunisten wollen keineswegs behaupten, daß mit der Lösung dieser großen nationalen Forderung, sich auch alle anderen Fragen so ohne weiteres lösen würden. Aber sie ist die Voraussetzung zur Behebung der Notstände auf allen anderen Gebieten. Das ist die Zielsetzung und der Inhalt der Nationalen Front, von der sich niemand ausschließen darf, dem die Zukunft Deutschlands ehrlich am Herzen liegt.

Nur souveräne Nationalstaaten können einen Teil oder ganz zugunsten höherer, internationaler Zusammenschlüsse auf ihre nationalen Rechte verzichten, wenn in diesen Ländern eine gleichmäßige wirtschaftliche und soziale sowie geistige Entwicklung Platz gegriffen hat.

Die nachdrücklich erhobene Forderung des Genossen Leibbrand auf die Erringung der nationalen Unabhängigkeit unseres Vaterlandes wurde von den Studenten in alter akademischer Sitte mit entsprechendem Trampeln beantwortet.

Die Jugend der Welt wird in Berlin sein!

Freiburg. Im Waldgasthaus St. Ottilien durchwühlten unbekannte Täter zur Nachtzeit alle erreichbaren Behältnisse und stahlen in der Hauptsache Wurst, Schinken und Schokolade.

Vor kurzem wurde in der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft in der Brombergstraße eingebrochen. Die Diebe entwendeten erhebliche Mengen an Lebens- und Genussmitteln, darunter auch Flaschenwein.

Für die Einhaltung der Beschlüsse und ihre Durchführung sind alle Leitungen in ihrer Gesamtheit verantwortlich. Besondere Verantwortung tragen die Landessekretariate. Es muß Kurs darauf genommen werden, den eingetretenen Tempoverlust einzuholen und die Einhaltung der in den Richtlinien festgelegten Termine sicherzustellen. Wenn diese wichtige innerparteiliche Kampagne zu einem Erfolg führen soll, müssen sich die oberen Leitungen durch Herstellung einer engen Verbindung nach unten einen genaueren Überblick über den Stand der Arbeit verschaffen, der ihnen Anhaltspunkt gibt, wo eine Verstärkung der Hilfe und der Anleitung notwendig ist. Es darf unter Berücksichtigung der großen Bedeutung der Neuwahl der Leitungen keine Konferenz geben, wo nicht über diese entscheidende Frage der Partei gesprochen wird.

Stärker und systematischer als in der Vergangenheit muß die Partei in ihrer Gesamtheit schwerpunktmäßig an die Lösung der Aufgaben herangehen. Wir müssen besser lernen, an wichtigen Punkten, in entscheidenden Betrieben, wichtigen Wohngebieten und Kreisen Beispiele zu entwickeln, die zeigen, wie es gemacht wird, die die übrigen Teile der Organisation aufrichten, ihre Arbeit fruchten, sie befeuern und vorwärtsreifen.

Unsere Partei muß kühner werden und sich ihrer Rolle als Führerin der Arbeiterklasse, der Werktätigen, bewußter werden.

Vor uns stehen die großen Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Schaffung einer starken Nationalen Front zur Befreiung unseres Volkes von dem Joch

Fortsetzung von Seite 3

Unterschätzt nicht die Rolle der Partei!

In der Resolution zur ideologisch-politischen Festigung unserer Partei heißt es im Kapitel XI über die Rolle der Partei:

„Die richtige Durchführung der Beschlüsse der Partei über den organisatorischen Aufbau und die Neuwahl aller Leitungen der Partei von unten bis oben werden daher von außerordentlicher Bedeutung für die erfolgreiche Lösung ihrer Aufgaben sein.“

Der Genosse Max Reimann sagte auf der 14. Parteivorstandssitzung über die Rolle der Partei:

„Die größte Gefahr für den Imperialismus ist eine ideologisch geschlossene, organisatorisch festgefügte und starke, von oben bis unten einheitlich ausgerichtete Partei.“

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht“ — so sagt Lenin — „als die Organisation.“

Die einheitliche Ausrichtung der Partei wird gefährdet, wenn wir noch weiterhin zulassen, daß Dokumente des Parteivorstandes leichtsinnig behandelt werden.“

Das Nichterkennen der Bedeutung der Neuwahl der Leitungen und die ungenügende u. a. Beachtung der Beschlüsse des Parteivorstandes ist also eine Unterschätzung der Rolle der Partei. Eine andere Schlussfolgerung würde eine ernsthafte Schwäche in der Parteiarbeit verkörpern. Diese kritische Feststellung trifft insbesondere auf die Genossen im Landes-

sekretariat Nordrhein-Westfalen zu. Das wird bestätigt durch die Beschlüsse des Landesvorstandes vom 11./12. März 1950, die entgegen den Beschlüssen der 14. Parteivorstandssitzung eine entscheidende Einschränkung machen und damit die generelle Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen verzögern. In der Resolution des Landesvorstandes wurde festgelegt:

„Die Neuwahl der Parteileitungen dort vorzunehmen, wo das für die erfolgreiche Durchführung der Landtagswahlen notwendig ist.“

Auf wiederholte Hinweise durch das Sekretariat des Parteivorstandes revidierte das Landessekretariat diese falsche Auffassung auf der Landes-Organisations-Konferenz in Düsseldorf und vertrat die Notwendigkeit der Durchführung der Beschlüsse des Parteivorstandes, wie sie in den Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl der Leitungen festgelegt sind. In der Realisierung der Beschlüsse zeigt sich aber, daß die Unklarheit über die Rolle der Partei fortbesteht. Sie wird sichtbar in der Terminstellung, die trotz Beachtung der Beschlüsse des Parteivorstandes ist also eine Unterschätzung der Rolle der Partei. Eine andere Schlussfolgerung würde eine ernsthafte Schwäche in der Parteiarbeit verkörpern. Diese kritische Feststellung trifft insbesondere auf die Genossen im Landes-

zum Abschluß bringen will.

Von den Helden unserer Epoche

„Die Kommunisten“ von Louis Aragon, ein Meisterwerk der französischen Literatur

Vor etwa 15 Jahren begann Aragon mit der Veröffentlichung des Zyklus: Le Monde Reel (Die Welt wie sie wirklich ist). Le Monde Reel ist das Epos des Menschen des 20. Jahrhunderts.

Die ersten Bände: „Die Glocken von Basel“, „Die besseren Stadtviertel“, „Die Passagiere der Postkutsche und Aurelien“, schildern die Gesellschaft vom Anfang des Jahrhunderts bis zur Vorbereitung des 2. Weltkrieges. Während auf der einen Seite der Kapitalismus sich rapide zur höchsten Blüte entfaltet und von schweren Krisen erschüttert wird, bildet sich langsam auf der anderen Seite eine organisierte Arbeiterbewegung heraus. Die russische Revolution gibt dieser Arbeiterbewegung einen gewaltigen Stoß vorwärts. Es bildet sich die kommunistische Partei, die entschlossen die Führung der Arbeiterklasse übernimmt.

So heißt denn auch der neue Roman Aragon: „Die Kommunisten.“ Die Kommunisten sind die Helden unserer Epoche. Sie kämpfen an der Spitze des Proletariats, des Erben aller der großen Traditionen der Nation, sie sind die Träger des Fortschritts, die Kämpfer für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit, sie sind die Hoffnung der großen Masse des Volkes das sie einer besseren Zukunft entgegenführen.

Von dem Roman „Die Kommunisten“, der den Zyklus der „Monde Reel“ abschließt, sind bisher drei Bände erschienen. Weitere sieben bis acht Bände werden im Laufe des Jahres folgen.

Der kommunistische Mensch bildet den Mittelpunkt der „menschlichen Komödie“ des 20. Jahrhunderts. Aragon unternimmt, diesen Menschen zu analysieren, zu erklären. Die Kommunisten sind eine Vielheit von Einzelwesen, Individuen. Sie kommen aus den verschiedensten Schichten der Gesellschaft. Die Gründe, die sie zur Partei führen, sind verschieden, verschieden auch ihre Reaktionen, ihr Sprechen und Handeln. Und doch sprechen sie dieselbe Sprache, verfolgen sie dasselbe Ziel, handeln sie für dieselbe Sache. Um dem Ausdruck zu verleihen, kann der Roman Aragon nicht auf der Person des üblichen Romanhelden aufbauen. Es gibt keinen zentralen Helden, es gibt eine Unzahl von Personen, Männern, Frauen und Kindern, deren Denken, Sprechen, Handeln Aragon sprunghaft folgt. Die zentrale Idee und die zentrale Person des Romans, ist die kommunistische Idee und ihre Trägerin, die kommunistische Partei.

Aragon ist nicht nur ein Schriftsteller. Er ist Politiker. Er war ein aktiver Kämpfer in der illegalen Zeit, er ist ein aktives Mitglied der Kommunistischen Partei. Er macht keine Propaganda. Er schöpft einfach an der Quelle. Er greift in die Wirklichkeit, die Vielheit des Alltags und verleiht in seinem meisterhaften Stil, dem, was er findet, Ausdruck.

„Ich unternahme es, das schreckliche Jahr zu schildern“ sagte Victor Hugo, zu Beginn seiner Schilderung eines Jahres. Aragon unternimmt es, die schrecklichen Jahre zu schildern, als die Kommunisten in ihrem

eigenen Lande illegal waren, und schlimmer als die Pest betrachtet wurden. Sein Roman beginnt im Februar 1939 in einem Augenblick, als man begann, mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung die Kommunisten als ein Schreckgespenst hinzustellen. Hitler zieht in Prag ein. Kurze Zeit später beginnt der Krieg. In der Gesellschaft nimmt jeder Einzelne Stellung. Es kreuzen sich Liebe und Haß, Selbstverleugnung und Egoismus, Profitgier und echter Patriotismus. Jeder reiht sich ein, der einen auf der Seite des Geldes, die anderen auf der Seite des Volkes. Krieg bringt immer eine Umwertung der Werte mit sich. Es ist Geld zu verdienen und „Geld betrügt nicht“ sagen die Privilegierten. Die zweifelhaften Elemente verlassen die Partei wie die Ratten das sinkende Schiff. Es lockt der Tanz um das goldene Kalb. Der Journalist Orfilat, dem die Partei nur als

Sprungbrett dienen sollte, geht zum Feind über. Die wahren Kommunisten aber scharen sich noch enger um die Partei, werden noch fester in ihren Überzeugungen. So der Professor der Philosophie Felzen, so Barbassan, so der Arbeiter Vallier, der seine nicht kommunistische Frau mit zur Zelle bringt, damit sie, wenn er Soldat ist, nicht allein sei.

Man folgt mit unglaublicher Spannung den Diskussionen, wie der zwischen Blanchard dem Spanienkämpfer und Toto, dem Anarchisten der behauptet, es sei zu spät zum Handeln. Mit Interesse folgt man dem Idyll der beiden politisch Indifferenten, Jean und Cecile. Man folgt Aragon in die verschiedensten Familien und findet dort das Leben, diese Wirklichkeit, die in dieser Zeit, die der Kommunisten war und der sie danken das zu sein, was sie sind. Der Roman Aragon ist in Wirklichkeit

Die wirkliche Familie ist die Partei Von Louis Aragon

„Das ist also wirklich der Krieg?“ fragte Marguerite. Der alte Vuillemin hob die Schultern und hörte auf, mit seinem Lineal Striche zu ziehen: „Das sieht ganz danach aus mit dieser Komödie, die sie da machen ... wie sagt man denn? Na, mit dem Abdunkeln ... und der Beschlagnahme der Autos, den Pferden die durch Paris wandern. Sie haben Blockwärtz ernannt, das wird noch eine sein, ne Polizei ...“

„Na, fuhr Marguerite fort, wer wird denn bleiben? Du, wir zwei Madame Blanc und Mireille, wenn sie zurückkommt ...“

„Ich bin reformiert“, sagte Lebecq. „Man weiß nicht warum, aber das beruhigt alle. Er war doch der Zellensekretär. Ich auch, ich gehe nicht“, sagte Lemerle. Ah? dieser starke Mann?“

„Na ja, mit der HUMA! — die Schweinebande, bemerkte Vallier, und Lebecq wandte sich ihm zu mit der Sympathie eines kleinen Mannes für diesen Sportler und seine Jugend: „Also, Guillaume, da du mich gefragt hast ... ich habe mit der Sektion gesprochen und wenn die Zelle nichts dagegen hat ...“ Guillaume Vallier machte Miene aufzustehen, warf aber erst einen fragenden Blick auf die Genossen.

„Also das ist so“, fuhr Lebecq fort, „der Genosse Vallier bittet darum, daß man ihm erlaubt, seine Frau zu holen, die da im Vorraum wartet ...“

„Aber natürlich“, sagte Lemerle sofort. „Das ist, daß sie nicht in der Partei ist“, erklärte Guillaume. „Aber da ich einberufen bin, hätte ich gewollt ...“

„Er hat es mir erklärt“, sagte Lebecq, gehe sie holen, wenn niemand was dagegen hat ...“

Man mußte ihn durchlassen. Vuillemin und Lebecq standen auf. Guillaume kam fast augenblicklich mit der hübschen Kleinen zurück, die Marguerite im Eingang sitzend bemerkt hatte. Micheline Vallier kam ganz geniert herein, mit ihrem schönen blonden Haar und sie sah so klein, so klein aus, neben ihrem Athleten von Mann. „Also, das

ist meine Frau, Micheline ...“ sagte der und nochmal wurden alle gestört. Es war nicht leicht, sich zu setzen. Die Frauen rückten zusammen, um ihr Platz zu machen. Sie sagte: „Danke, meine Damen und Herren ...“ und dann wurde sie ganz rot: „Ich sollte wohl Genossen sagen?“ Man lachte ein wenig und drängte sich zusammen, außer Guillaume, der stehen blieb und sehr ernst aussah. Dann sagte er:

„Also, Genossen, das ist Micheline, meine Frau ... Ich habe Lebecq gefragt, da ich ja am ersten Tag ausrückte und man ja sieht, wie das so läuft, sie haben schon Kathedronen gebildet, also ... Ich wollte, ehe ich Zellenstrafe erhe ich gehe ...“ Er verwirrte sich; Lebecq schnitt ihm das Wort ab: „Was redest du durcheinander, ist doch nicht schwer zu erklären ...“

Entschuldige mich, Genosse ...“ Er hatte seine Hand auf Michelines Kopf gelegt. Sie schaute ihn mit ihren jungen und vertrauensvollen Augen an. Er biß sich ein wenig in die Unterlippe. Dann fuhr er fort:

„Also, Genossen ... Micheline ist nicht in der Partei. Aber ich, ich gehe fort und ich wollte euch sagen ... Sie wird ganz allein bleiben. Ihr Vater und ihre Mutter verstehen nicht. Das ist ja für viele der Fall, nicht wahr? Es gibt da ja meinen Bruder Firmin, der bei Salmon ist, und eine Schwägerin ...“

Kulturnotizen

Das im Aufbau-Verlag erschienene Buch „Irrweg einer Nation“ von Alexander Abusch wurde jetzt durch das Polnische Institut für internationale Angelegenheiten in polnischer Sprache herausgebracht. Die polnische Ausgabe enthält bereits das aktuelle Nachwort des Autors „Vier Jahre später“.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Mitte Mai stattfindende Wahl neuer Mitglieder in die Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde jetzt beendet. Von den aus allen Teilen des Landes gemeldeten 400 Kandidaten, die von einer Sonderkommission überprüft wurden, werden lediglich 20 Akademienmitglieder und 30 korrespondierende Mitglieder gewählt.

Die chinesische Volksuniversität in Peking begann kürzlich mit den Vorlesungen des ersten Semesters seit ihrer Gründung. Ein Stab von 130 Professoren, Lektoren und Dozenten unterrichtet in den Räumen des ehemaligen Prinzen-Palais.

Das sowjetische Zentrale Studio für Dokumentarfilme hat den Film „Wladimir Majakowski“ fertiggestellt, der die wichtigsten Etappen des Lebens und Schaffens des Dichters wiedergibt. In den Film sind Bilder eingebettet, die zu Lebzeiten Majakowskys aufgenommen wurden und Auschnitte aus seiner Revolutions- und Politikertätigkeit widerspiegeln.

Der polnische Ministerrat für kulturelle Angelegenheiten beschloß, alljährlich am 22. Juli Staatspreise erster, zweiter und dritter Klasse für Literatur, Musik bildende Künste, Theater, Architektur und Kinematographie zu verleihen.

Zum Kindertag in der Sowjetunion

36 Millionen Schulkinder — Ein Siebtel des Haushalts für Erziehung

Täglich gehen in der Sowjetunion mehr als 36 Millionen Kinder in die Schule. Es besteht Schulzwang und die Erziehung bis zum 15. Lebensjahr ist kostenlos und allgemein. Danach sind die Oberschulen und Technischen Schulen, Institute für Spezialausbildung und Universitäten für jedes sowjetische Kind offen, unabhängig von Rasse, Religion oder sozialem Stand das die Aufnahmeprüfung besteht.

Aber noch vor 70 Jahren erließ der zaristische Erziehungsminister ein Dekret, das von allen Oberschulen die Kinder von „Kutschern, Fußleuten, Köchen, Waschfrauen und anderer niedriger Klassen“, verbannte. Vor weniger als 40 Jahren, genauer im Jahre 1914 waren in den Schulen Rußlands nur 8 Millionen Schüler, während 30 Millionen noch mit der Dunkelheit des Analphabetentums behaftet waren.

In einigen asiatischen Gebieten war die Lage noch schlimmer, wo nur zwei oder drei Prozent lesen oder schreiben konnten, während nicht weniger als 40 Nationalitäten überhaupt kein Alphabet besaßen.

Seit den allerersten Tagen ihres Bestehens bemühte sich die junge Sowjetrepublik, die Schranken der Unwissenheit niederzubrechen und allen Völkern in ihren Grenzen eine Erziehung zuteil werden zu lassen. Um 1930 hatte man in der Bereitstellung von Schulen und der Ausbildung von Lehrern genügend Fortschritte gemacht, so daß die Regierung die 7jährige Schulpflicht in den Städten und Industriegebieten und die vierjährige in den Landgebieten einführt. Seitdem wurden riesige Fortschritte erzielt. Bis zum Jahre vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges gab es 171 579 Schulen und 31,5 Millionen Schüler.

Zerstörungen durch die Nazis
Der Krieg versetzte dem Fortschritt der

Erziehung in der Sowjetunion einen schweren Schlag. Die Horden Hitlers zerstörten 82 000 Schulen und 334 höhere Erziehungsanstalten, bis zum Ende des letzten Jahres jedoch war das Tempo des Wiederaufbaues so schnell, daß 220 000 Schulen mit 34,5 Millionen Schülern bestanden. Jetzt gibt es siebenjährige Schulpflicht ist allgemein.

Zu Anfang des Jahres 1949 hatte sich die Zahl der Institute für höhere Erziehung auf 837 erhöht, die 770 000 Schüler und zusätzlich 298 000, die an Fernkursen teilnahmen, ausbildeten.

Das sowjetische System der öffentlichen Erziehung beginnt in Wirklichkeit, bevor das Kind das Schulalter von 7 Jahren erreicht hat. Es beginnt in den Kinderkrippen, die für alle Kinder von arbeitenden Müttern bereitstehen und wo sie bis zum Alter von drei Jahren versorgt werden. Zwischen 3 und 7 Jahren können die Kinder einen der 25 000 Kindergärten besuchen, die ungefähr 3,5 Millionen Kinder betreuen.

Leichte Umstellung

Die sowjetische Erziehungswissenschaft hat Methoden entwickelt, die weit über die Systeme der vorschulischen Erziehung für Kindergärten von Montessori und Froebel hinausgehen, wo das Spiel die Grundlage der Erziehung bildet. Die Entwicklung zu der oberen Klasse des Kindergartens wird in leichten Stadien vorgenommen und das Kind für seinen Eintritt in das allgemeine Schulsystem derart vorbereitet, daß es die Umstellung ohne Schwierigkeit vornehmen kann. Mit 7 Jahren tritt das Kind in seine schulische Erziehung ein. Das Schulsystem besteht aus zwei Arten, der 7jährigen und der 10jährigen Schule. Der Lehrplan dieser

ein Dokument. Es ist das Zeugnis eines Schriftstellers, für den die Literatur einen kämpferischen Wert hat. Aragon hängt nicht der Theorie der bürgerlichen Aesthetik an, die fordert, daß die Materie der Kunst von der Wirklichkeit getrennt ist, die den historischen Roman nur zuläßt, wenn zwischen ihm und den Ereignissen eine genügende Zeitspanne liegt, um ihn unschädlich sein zu lassen, und die so den Schriftsteller von der lebenden Welt, ihren Leiden, Hoffnungen und Kämpfen fernhält.

Aragons Roman erscheint in einem Augenblick, da die französische Bourgeoisie eine große Kampagne für die Amnestie antwortlich sind, führt. Wahrscheinlich glaubt sie von den Händen der Arbeiterklasse, wieder Gebrauch machen zu können.

Wieder richtet sich Lüge und Verleumdung gegen die, von denen in diesen Jahren 90 000 im Kampf für nationale Unabhängigkeit und eine bessere Zukunft fielen: die Kommunisten. V. A.

Das Bücherbrett

Eingetroffene Bücher

„Das kämpfende China“. Konstantin Simonow schrieb die aktuellen Erlebnisberichte vom Befreiungskampf des chinesischen Volkes, die er von seiner Reise durch das kämpfende China mitbrachte. Das Buch ist eine wertvolle Ergänzung der noch spärlichen Literatur über die chinesische Volksrepublik.

„Bildhauerei in Sonne und Wind“, Erfahrungen und Empfindungen bei der Ausführung der vier Evangelistensymbole am Turm der Tübinger Stiftskirche 1932—1933 von Fritz von Graevenitz. Dritte Auflage mit 33 Abbildungen. Hableinband mit Schutzumschlag 4.80 DM, Chr. Belser, Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

„Helene Marie von Kügelin, ein Lebensbild in Briefen“, von A. und E. von Kügelin. Zehnte Auflage. In Ganzleinen gebunden mit Schutzumschlag 8 DM, Chr. Belser, Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

„Neue Lohnabzugstabelle für tägliche, wöchentliche und monatliche Entlohnung. Wilhelm Stollfuß Verlag Bonn. 2,35 DM. Die vorliegende, nach amtlichen Unterlagen bearbeitete Stollfuß-Tablelle ermöglicht in übersichtlicher Form das Ablesen aller Abzüge auf einer Zeile. Sie bringt außerdem einen von behördlicher Seite bearbeiteten Textteil mit den wichtigsten Bestimmungen des jetzt geltenden Rechts, insbesondere der Freibeträge und Abzugsmöglichkeiten.“

„Handbuch für Testamente und Erbverträge“, von M. Schwartz. Wolfgang Metzner-Verlag, Frankfurt a. M. Ein kleines Taschenlexikon, in dem alle wichtigen erbrechtlichen Bestimmungen des BGB und des Gesetzes über die Abfassung von Testamenten und Erbverträgen behandelt werden. Muster von Testamenten vervollständigen die mit Sachkenntnis verfaßte Schrift.

„Eine „Schlacht des Buches“ hat in Frankreich begonnen. Der Werbefeldzug soll die französischen Werktätigen mit der volksnahen Literatur und ihren Verfassern bekanntmachen. Die dazu eröffnete Ausstellung im Pariser „Haus des Metallarbeiters“ zeigt die neuesten Werke der fortschrittlichen Literatur und Malerei.“

Bücher über den Frieden heißt eine Serie der Verlagsanstalt der sowjetischen Schriftsteller, Moku. In der Sammlung sind u. a. Simonows „Die russische Frage“, „Die Verschwörung der Verdammten“ von Nikolaj Wirta und „Die Villa in der Nebenstraße“ der Gebrüder Tur aufgezogen. Ein „Zum Schutz des Friedens“ beiliegender weiterer Sammelband enthält Gedichte von hundert sowjetischen Schriftstellern.

Der ukrainische Schriftsteller M. Rylski erhielt den Preis des polnischen PEN-Clubs für die beste Übersetzung polnischer Literatur („Pan Tadeusz“ von Mickiewicz) des

Die Partei baut sich ihr Haus!

Die Kriegshetze steigert sich, die Provokationen der Kriegstreiber werden frecher. Die Imperialisten spüren die zunehmende Stärke der Front des Friedens. In Bornheim haben Faschisten die Unterschriftensammler für den Frieden überfallen. Sie handelten gegen die Interessen des deutschen Volkes und besorgten die Geschäfteamerikanischer Kriegstreiber. Die Kämpfer für den Frieden werden ihnen das Handwerk legen.

An der Spitze des Volkes steht im Kampf gegen die Kriegstreiber



Der Bau wächst.

Deine Sondermarke ist ein Baustein für den Frieden.

und ihre Handlanger die KPD.

Auch Du mußt Dich entscheiden! Denn vom Kampf gegen den Krieg und für den Frieden kann sich keiner ausschließen. Gib auch Du Deine Spende, damit die Partei den Kampf um die Erhaltung des Friedens immer erfolgreicher führen kann! Jede Sondermarke ist ein Schlag gegen die Kriegstreiber, denn jede Sondermarke ist ein Baustein für das Haus der Partei des Friedens.

Das Parteihaus der KPD in Düsseldorf wächst. Das zweite Stockwerk ist im Bau.

beiden Schulen ist so ausgearbeitet, daß jedes Kind von einer Schulart zur anderen überwechseln kann, ohne daß es gegenüber seinen Mitschülern benachteiligt ist.

Der Lehrplan

In der ersten Unterrichtsstufe wird die Muttersprache Russisch, Rechnen, Naturkunde, Geschichte, Erdkunde, Turnen, Zeichnen und Singen gelehrt. Mathematik, Naturwissenschaften, eine Fremdsprache (Englisch, Französisch oder Deutsch) kommen auf einer höheren Stufe hinzu, die dem Kind eine breite Allgemeinbildung, ein gutes Verständnis der Welt und ihrer Geschichte vermittelt. Am Ende des 10jährigen Kurses werden Abiturprüfungen abgehalten (mündlich und schriftlich) und die Kinder, deren Leistungen mit goldenen oder silbernen Medaillen prämiert werden, können Institute der höheren Erziehung besuchen, ohne eine Aufnahmeprüfung ablegen zu müssen.

Viele Möglichkeiten zur Betätigung außerhalb der Schule werden von allen sowjetischen Schulen bereitgestellt, einige davon werden durch die Schüler selbst, andere unter der Anleitung der Lehrer organisiert. Schülerorganisationen wurden in allen Mittel- und Oberschulen aufgebaut, um eine selbständige Betätigung, Organisationstalent und Initiative zu fördern.

Zusammenarbeit mit den Eltern

Auf jeder Stufe, vom Kindergarten an aufwärts, nehmen die gemeinsamen Komitees der Eltern und Lehrer einen aktiven Anteil in der Überwachung der Schularbeit, und Elternversammlungen werden in regelmäßigen Abständen abgehalten.

Besondere Schulen für benachteiligte Kinder — Blinde, Taubstumme, Unterbegabte — geben ihnen eine allgemeine Schulbildung und eine Berufsausbildung, die in jeder Hinsicht der Ausbildung der normalen Kin-

der entspricht. Die Lehrerbildungsanstalten haben besondere Abteilungen zur Unterweisung in dieser Art von Erziehung.

Parallel mit den Mittel- und Oberschulen laufen eine ganze Reihe von Berufsschulen und Technischen Instituten, auf denen der Schüler eine Allgemeinbildung wie auch Ausbildung in einem Spezialfach erhält. Viele dieser Schulen sind direkt mit großen Kollektivwirtschaften oder Fabriken verbunden, um reiche Möglichkeiten der praktischen Erfahrungen zur Verfügung zu haben. Von allen diesen Schulen ist die Aufnahme in die Hochschulen nur vom Bestehen der Aufnahmeprüfung abhängig. Ausreichende Zuwendungen und Stipendien stehen allen jungen Studenten zur Verfügung, um ihnen das Studium an den Universitäten oder Technischen Instituten zu ermöglichen, wenn sie es wünschen.

Gleichen Lohn

Mädchen und Jungen haben die absolut gleichen Chancen, — genauso wie männliche und weibliche Lehrer das gleiche Gehalt beziehen und ihnen die gleichen Chancen geboten werden. Auch im Berufsleben Stehende können ihrer Hochschulausbildung in Abendkursen und durch Fernkurse nachgehen, die von den Universitäten und Technischen Instituten geleitet werden. Studenten eines solchen Fernkurses erhalten zweimal im Jahre voll bezahlten Urlaub, um in der Ausbildungszentrale an Vorlesungen, Laboratoriumsarbeiten und Prüfungen teilzunehmen.

Diejenigen, die durch das Studium in ihrer Freizeit ihr Diplom ablegen, haben genau dieselben Rechte wie alle anderen Absolventen. Der Wissensdurst ist ein hervorragendes Merkmal des Lebens in der Sowjetunion heute. Hunderttausende nehmen die Gelegenheit wahr, die ihnen zur Verbesserung ihrer Erziehung und technischen Fertigkeiten gewährt werden.

Der Südligameister machte einen Strich durch die Rechnung

Man hatte Reutlingen voreilig abgeschrieben — Diktat vom grünen Tisch

Die von uns nach dem Ergebnis der Spiele in Ludwigshafen vorausgesagte Möglichkeit ist eingetroffen und der Meister der Südliga SSV Reutlingen hat sich durch seinen Sieg über den derzeitigen Tabellenführer der Südliga, Wormatia Worms, für die Beteiligung an den DFB-Endspielen qualifiziert und wird nun am kommenden Sonntag in Koblenz gegen Preußen Dellbrück zur Vorrunde antreten. Es ist damit aber auch zu der grotesken Schlappe gekommen, die wir bereits nach den Ludwigshafener Qualifikationsspielen für den Fall einer Niederlage Wormatias vorausgesagt. Die Herrschaften in der Südliga haben so sicher mit dem Siege Wormatias gerechnet, daß sie bereits Neudorf ein Qualifikationsspiel mit Freiburg machen ließen, das ja nur einen Sinn hatte im Falle einer Niederlage Reutlingens. Nimmehr ergibt sich die tolle Situation, daß Wormatia Worms, die fast die ganze Spielzeit hindurch führte und auch jetzt noch Tabellenführer der Südliga ist, mit der TuS Neudorf, die mit 5 Punkten Abstand an dritter Stelle liegt, nochmals ein Qualifikationsspiel austragen soll. Im Falle eines Sieges von Neudorf würde das zu dem Ergebnis führen, daß der Tabellenführer der Südliga an den DFB-Endspielen teilnimmt, der Tabellenzweite aber nicht. Damit wäre den Meisterschaftsspielen aber jeder Sinn genommen. Dieses Qualifikationsspiel, das übrigens noch dazu am kommenden Mittwoch oder am Donnerstag (Himmelfahrt) ausgetragen werden soll, widerspricht aller Vernunft und sportlichen Gerechtigkeit. Wormatia wäre voll im Recht wenn sie sich weigern würde, dieses Spiel anzuerkennen und sich an den DFB-Spiel-ausschuß wenden würde. Dieser wird dann bestimmt dafür sorgen, daß nur solche Vereine an seinen Endrunden teilnehmen, die sich diese Rechte in den Meisterschaftsspielen ihrer Oberliga der Tabellenrangordnung nach erworben haben.

Südliga

Auch in der Südliga ist in dieser Hinsicht nicht korrekt verfahren worden. Wenn wir die Tabelle nach den beiden Spielen vom letzten Sonntag betrachten — die übrigens die erwarteten Heimsiege Villingens über Rastatt 2:1 und Kuppenheims über SC Freiburg 4:1 ergaben — so steht nur Reutlingen einwandfrei als Tabellenführer fest. Bereits der zweite Platz ist schon umstritten, denn Tübingen bracht noch zwei Punkte, um gegen Singen bei Punktgleichheit durch besseres Torverhältnis einwandfrei Zweiter zu sein. Die Nominierung Tübingens als Zweiter für die Qualifikationsspiele war ebenso eine Willkürmaßnahme wie die des Freiburger FC als Dritter vor Singen. Selbst wenn Singen verzichtet hätte, gab es keine Berechnung, den Tabellenführer an seiner Stelle unterzuschieben. Eine einwandfreie und restlose Abwicklung der Meisterschaftsspiele in der Oberliga ist die unerläßliche Voraus-

setzung, bevor irgend eine Mannschaft für die DFB-Runden, die in der Hauptsache doch nur ein Geschäft für den DFB und einige Vereine sind, gemeldet werden kann. Es geht nicht an, daß man, um die vom DFB festgesetzten Termine einhalten zu wollen, Vereinen am grünen Tisch Vergünstigungen bzw. Berechtigungen zugesteht, die sie sich auf dem grünen Rasen nicht oder noch nicht erworben haben. Denn schließlich werden ja die Meisterschaftsspiele dazu ausgetragen, um eine einwandfreie Rangordnung von Tabellenersten bis zum Tabellenletzten auf dem Spielfeld zu ermitteln. Davon sind dann Meisterschaft, Aufstieg und Abstieg sowie sonstige erworbenen Rechte abhängig. Darauf allein ist aber die Entscheidung der spielleitenden Behörden zu gründen und nicht auf Annahmen, die

nachher durch die Ergebnisse auf dem Spielfeld widerlegt werden.

SSV Reutlingen	29	22	2	5	73:29	46
SV Tübingen	27	16	6	5	61:30	38
FC Freiburg	29	15	8	6	61:35	38
Eintracht Singen	28	17	3	8	55:33	37
ASV Ebingen	30	15	6	9	50:40	36
FV Kuppenheim	29	15	5	9	64:60	35
VfL Konstanz	28	13	6	9	57:36	32
SV Rastatt	28	12	7	9	54:44	31
FC Villingen	29	13	3	13	59:54	29
FV Offenburg	28	9	8	11	34:47	26
FV Lahr	29	11	4	14	45:53	26
SG Friedrichshafen	29	8	5	16	35:64	21
VfL Schwenningen	28	7	5	16	50:62	19
SC Freiburg	28	7	5	16	47:63	19
SpVgg Trossingen	28	6	5	17	43:55	17
SV Hechingen	29	2	2	25	30:113	6

Mageres Programm in der Südliga

Kuppenheim — SC Freiburg 4:1

Erwartungsgemäß konnte Kuppenheim sein letztes Heimspiel zu einem klaren Sieg über den SC Freiburg gestalten. Die Gäste wehrten sich aber energisch und konnten das Spiel bis zur Pause unentschieden halten. Das von Kuppenheim durch den Mittelstürmer Weiler erzielte Führungstor glich Freiburg kurz vor der Pause durch Tritschler aus. Nach Seitenwechsel erlachte dann aber der Widerstand der Freiburger und es folgten noch drei Tore Kuppenheims durch Weiler Wunsch und Schäfer.

FC Villingen — SV Rastatt 2:1

Mit etwas Glück kam Villingen zu den beiden Punkten. Die Gäste hatten zuerst mehr vom Spiel und kamen auch bereits nach 20 Minuten durch den Halblinken Steinacker zum Führungstor. Durch zwei von Grammel und Emmert innerhalb zwei Minuten erzielte Tore konnte Villingen aber noch vor der Pause die Führung an sich reißen und den knappen Vorsprung nach Seitenwechsel mit etwas Glück gegen die zeitweise stark drängenden Gäste behaupten.

VfB Friedrichshafen — VfL Konstanz 0:4

Im ersten Spiel um den Bodensee-Pokal hielten sich die Konstanner einen glatten Sieg in Friedrichshafen. In der ersten Halbzeit konnten die Einheimischen dem Gegner noch gut standhalten und das torlose Ergebnis entsprach der Ebenbürtigkeit beider Mannschaften bis dahin. Nach der Pause wurde Konstanz allmählich überlegen und nach weiteren 20 Minuten war der Widerstand der Einheimischen gebrochen. Innerhalb zehn Minuten kamen die Konstanner durch Lehrieder, Schulze und Treutle zu drei Toren und wenige Minuten vor Schluß fügte Linksaußen Reichle den vierten Treffer hinzu. Die Bemühungen der zuletzt noch einmal drängenden Friedrichshafener hätten ein Tor verdient, aber ein scharfer Schuß traf nur die Querlatte.

Westdeutschland — Norddeutschland 3:4

Die flüssigen Kombinationen der Westdeutschen wirkten angenehmer im Gegensatz zu den etwas schwerfällig arbeitenden Gästen. Aber der Norden spielte produktiver und an der ausgezeichneten Deckungsarbeit der Gäste scheiterte der technisch ausgezeichnete Westen. Schröder legte in der 48. und 61. Minute zwei Tore vor. Nach einem Gegentreffer Koldts baute der Norden durch den Linksaußen Ihms die Führung auf 4:1 aus. Der Westen sah seine Bemühungen durch zwei weitere Erfolge Preißers und Klugs belohnt.

1. FC Nürnberg — Burnley 1:2

Nach torloser erster Halbzeit kam der FC Nürnberg am Sonntag vor rund 40 000 Zuschauern gegen den Club zu einem verdienten 2:1-Sieg. Lediglich in den ersten und in den letzten fünf Minuten war die Deutschen tonangebend, sonst diktierten die Engländer das Spielgeschehen. Der Läufer Attwell brachte seine Mannschaft in der 51. Minute in Führung. Wenig später erhöhte Stephenson auf 2:0. Im Anschluß an eine gute Kombination konnte Herbolzheimer den einzigen Gegentreffer anbringen.

Kreismeisterschaften am Donnerstag

Frauen, Mädchen A, Mädchen B: 4x100 m, Meldegeld pro Staffel Frauen — 50 DM, Mädchen — 30 DM. **Männliche Jugend C** (volksschulpflicht. Schüler): 4x100 m, 3x1000 m, Meldegeld pro Staffel — 20 DM. **Männliche Jugend B** (1934/1935): und A (1932/33): 4x100 m, 3x1000 m, Meldegeld pro Staffel — 30 DM. **Männer:** 4x100 m, 4x400 m, 3x1000 m, Meldegeld pro Staffel — 50 DM. Meldungen bis spätestens Mittwoch, 17. Mai, eingehend an Lorenz Hettel, Biefenheim (Baden), Zahlung des Meldegeldes mittels Zahlkarte an dessen Anschrift, Postcheckkonto 104 79 Karlsruhe.

Willkürmaßnahmen beim Arbeitsamt Villingen

Blumberg. Der Arbeitslosen-Ausschuß in Blumberg an, aber — als Blindgänger! Blumberg schreibt uns: „Wenn Du im Recht bist, dann verleihe Deinen Standpunkt, das ist eine Binsenweisheit, die jeder weiß. Beim Arbeitsamt Villingen aber kann man das mit gutem Gewissen bezweifeln. Es ist in letzter Zeit auffällig, daß man in der Außenstelle Blumberg versucht, junge arbeitslose Leute kurzerhand in die Landwirtschaft zu stecken (während man immer wieder die Feststellung machen muß, daß gerade von dort viele in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen stehen!). Ein junger Mann von Blumberg, dem dasselbe Ansinnen gestellt wurde, erklärte dem Vertreter des Arbeitsamtes Villingen, Herrn Kaiser, daß er in einigen Tagen bei den Teves-Werken anfangen könnte, worauf Herr K. von dem jungen Mann eine Bestätigung dieses Betriebes verlangte. Dieser Blumberger namens F. legte später die Bestätigung vor, worauf ihn Herr K. mit der Bemerkung abfertigen wollte, daß ihn die Bestätigung nichts angehe, er müsse in die Landwirtschaft. Drei Tage später wurde F. bei den Teves-Werken eingestellt. Neun Tage vorher hatte man F. kurzerhand die Unterstützung gestrichen. Natürlich verlangte er nachträglich die ihm rechtmäßig noch zustehende Unterstützung für diese 9 Tage.

Er beauftragte den Arbeitslosen-Ausschuß mit der Wahrung seiner Rechte. Trotz mehrmaliger Aufforderung durch den Arbeitslosen-Ausschuß bekam F. sein Geld nicht. Immer war man mit einer Ausflucht zur Hand. Nun fuhr ein Beauftragter des Ausschusses nach Villingen, um dort zu reklamieren. Man suchte die Auszahlungskarte und siehe da, da steht doch wirklich darauf: „Einstellung der Zahlung wegen Krankheit“. Nun wirds interessant, als der Beauftragte sah, protestierte er, da es nicht der Wahrheit entspricht, aber es ist da keiner, der die Eintragung gemacht haben will. Es kommt zu einer scharfen Aussprache und es wird von den anwesenden Herren der Eintrag als die Schrift des abwesenden Herrn Kaiser erkannt. Herr Kaiser bestritt später aber diesen Eintrag. Herr F. bekam nun inzwischen die Unterstützung für die 9 Tage bezahlt.

Das Arbeitsamt Villingen fand nun nach diesem Vorfall plötzlich ein Haar in der Suppe des Blumberger Arbeitslosen-Ausschusses. Da hat man nun gleich die Kanone aufgeföhren und einen Schreckschuß nach Blumberg abgefeuert! Aber die Herren in Villingen können beruhigt sein, er kam wohl

Wenn der Leiter des Arbeitsamtes Villingen, Herr Fuchs, sich veranlaßt sieht, nun dem Blumberger Arbeitslosen-Ausschuß die Zähne zu zeigen, dann soll er dies nicht auf so plumpe Weise tun. Seine mündliche Botschaft, daß der Arbeitslosen-Ausschuß nicht mehr an den Sprechtagen teilnehmen dürfe, welche in Blumberg abgehalten werden, betrachten wir als eine Willkürmaßnahme, als einen Versuch, den Arbeitslosen-Ausschuß abzuschießen. Er beruft sich auf das Landesarbeitsamt in Freiburg, von dort wäre das angeordnet worden, wir aber fühlen uns nicht daran gebunden, wenn uns kein schriftlicher Bescheid zugegangen ist!

Inzwischen wird über diese Angelegenheit beim Landesarbeitsamt Erkundigung eingeholt, denn Herr Fuchs muß uns schon einräumen, daß wir seine Berufung auf das Landesarbeitsamt stark bezweifeln! Außerdem dürfte es sich das Landesarbeitsamt wohlweislich überlegen, ob eine solche Verfügung im Interesse der Öffentlichkeit liegen kann, wir jedenfalls raten entschieden von solchen Maßnahmen ab!

Der Arbeitslosen-Ausschuß Blumberg: gez. Hans Herrmann, gez. Herbert Daniel.

Immer wieder Sittlichkeitsverbrechen
Offenburg. An ein- und demselben Tage mußte die Kriminalpolizei drei Festnahmen wegen Sittlichkeitsverbrechen durchführen. In einem Falle handelt es sich um einen 56 Jahr alten, in einem Nachbarort wohnhaften Privatmann, der früher im öffentlichen Leben stand und der an einem 12jährigen Mädchen unsittliche Handlungen vorgenommen hatte. — Im zweiten Falle mußte im Wartesaal des Hauptbahnhofes ein 46 Jahre alter Schiffsheizer, z. Zt. ohne festen Wohnsitz wegen Erregung öffentlichen Aergernisses festgenommen werden. — Schließlich erfolgte noch die Verhaftung eines 50 Jahre alten ledigen Melkers, der gleichfalls ohne festen Wohnsitz ist, wegen versuchter gleichgeschlechtlicher Unzucht.

Unfall durch Anhängen

Lahr. Am vergangenen Donnerstagabend wurde ein 16jähriger Lehrling zwischen Nieder- und Oberschopfheim von einem Lastkraftwagen überfahren und getötet. Der Junge hatte sich mit seinem Fahrrad an den Lastzug angehängt. Als dieser überholt wurde und nach rechts ausweichen mußte, wurde der Lehrling unsicher und stürzte. Dabei geriet er unter das Hinterrad des Anhängers und wurde sofort getötet.

Am 21. Mai 1950 findet in Freiburg der

Landesfriedenskongreß

statt. Eröffnung um 9.30 Uhr im Heimtsaal der „Harmonie“, Grünwälderstraße.

Das Landesfriedenskomitee richtet an alle Freiburger Friedensfreunde die Bitte, für die Nacht vom 20. zum 21. Mai Quartiere für die Delegierten zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig bittet das Komitee die Friedensfreunde, die Namen der Delegierten bis zum 17. Mai 1950 anzugeben.

Meldungen über das Zwischenergebnis der Unterschriftenaktion sind ebenfalls bis zu diesem Datum an das Komitee zu richten.

Wir bitten, alle Nachrichten an das Büro des Friedenskomitees, Freiburg, Schwarzwalddstraße 14, zu senden.

Denkt an Kneipp!

Wer kennt ihn noch, diesen Mann, dessen Name einst in aller Munde war? Nicht nur, weil er mit seinen Wafferturen in Wörthsofen so manchen Kranken kurierte, der als unheilbar galt, nein — weil er der Menschheit eine neue Lebenslehre verkündete: die Lehre vom Glück des natürlichen Lebens.

Heute verstehen wir ihn besser als jemals zuvor. Nach den langen Jahren des Dardens und ein paar Monaten wahllosen Genießens wollen wir endlich wieder zur Ruhe kommen, zu einer naturgemäßen Lebensweise, die Körper und Seele gesund hält!

Jetzt geht es wieder — jetzt gibt es genug gutes Brot, gute Milch, ja — und jetzt gibt es auch den Malzkaffee wieder, den Kneipp selbst uns damals gegeben hat!

Kathreiner der Kneipp-Malzkaffee



5000 Armbanduhren gratis 5000

Jede Person, welche richtige Lösung einsetzt, hat nach meinen Bedingungen Anspruch auf eine Armbanduhr gratis und kostenlos. Kein Risiko. Nichtstehende Wörter, richtig gesetzt, ergeben den Anfang eines Volksliedes:

—sua—nemmoqes—iam—emusb—red—eid—tsi—negalich—
Beteiligten-Ste sich bei meinem Prämiensusschreiben.
Rückporto beifügen.

S. Böhm, Uhrengroßhandlung, Königsberg bei Wetzlar

Fort-schrittliche Firmen

die die Kaufkraft der Schaffenden zu schätzen wissen, inserieren in

UNSER TAG

Strümpfe billiger!
Damenstrümpfe, links in Qualit.
1. Wahl 2,40/2,60
Herrensocken, Phantasie 1,55/1,65
Lieferung nur an Wiederverkäufer
3% Skonto Nachn.-Versand, Muster anfordern.
G. Just, Berlin-Wilmersdorf, Postfach 51

Haarsorgen?

Ausgekämmtes Haar einsehend! Untersuchung kostenlos. 100prozentige Hilfe bei beginnender Kahlköpfigkeit, Ausfall, Schuppen, Brechen, Spalten, glanzlos, spröde. Haar. Haarkosm. Labor, Frankfurt/M., Postfach 400.

Zigarrenmacherinnen und -wicklerinnen

melden sich beim Arbeitsamt Rastatt, Zimmer 6

Die Städt. Mütterschule

beginnt den nächsten Kursus über Säuglingspflege am Montag, 15. Mai 1950. Kursusdauer: 6 Wochen, jeweils Montag und Donnerstag von 20—22 Uhr. Anmeldungen erbeten beim Stadtjugendamt-Hochallee, Baracke B, Zimmer 21, täglich von 8—10 Uhr. Kursgebühr 5,— DM. Alle Bräute, Frauen und Mütter sind herzl. eingeladen. Freiburg i. Br., 4. Mai 1950. Bürgermeisteramt — Abt. IV —

Öffentliche Mahnung

An Zahlung nachstehender Forderungen zum 15. Mai 1950 wird erinnert:
1. Grundsteuer, vorläufige Rate für 2. Vierteljahr 1950,
2. Schulgelde aller Freiburger Höheren Schulen und der Städt. Frauenschule für die Monate bis einschließlich Mai 1950.
Bei nicht rechtzeitiger Zahlung müßten die gesetzlichen Säumniszuschläge verfügt werden; dazu kämen die Kosten der Betreibung.

Zahlungen können erfolgen:
1. Bar: Rotteckplatz 11 und Gemeindesekretariat Freiburg-St. Georgen,
2. über sämtliche Freiburger Banken,
3. durch Postscheckkonto Freiburg Nr. 1550.
Das Kassenamt der Stadt Freiburg.

Bad. Amtsgericht II Singen (Hohentwiel)

Genossenschaftsregistertrag Bd. IV OZ. 50. Allgemeine Konsumgenossenschaft (Ako) Singen (Hohentwiel) eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Singen (Hohentwiel). Statut vom 2. Februar 1949. Gegenstand des Unternehmens: Die Genossenschaft fördert mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs die Wirtschaft ihrer Mitglieder. Sie kann ihre Tätigkeit erstrecken auf: a) den Einkauf von Bedarfsgütern im Großen und die Abgabe an die Genossen im Kleinen zu günstigen Preisen gegen Barzahlung, b) die Herstellung und Bearbeitung von Bedarfsgütern im eigenen Betrieb. Den 9. März 1950.

Bekanntmachung

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Lörrach für das Rechnungsjahr 1950 (I. 4. 1950 — 31.3.1951) wurde durch das Bad. Ministerium des Innern am 2. Mai 1950 Nr. 7932 genehmigt.

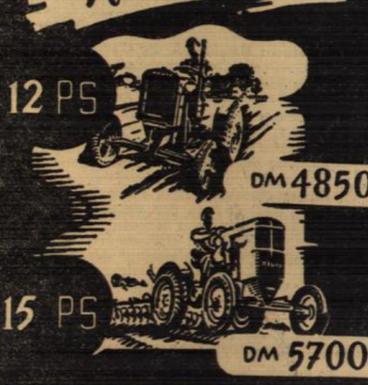
Die Haushaltssatzung ist an den Verkündungstafeln im Rathaus, Turmstraße 45, sowie im alten Rathaus, Wallbrunnstraße 2, öffentlich angeschlagen.

Der Haushaltsplan liegt in der Zeit vom 15. Mai 1950 bis einschließlich 24. Mai 1950 im alten Rathaus, Wallbrunnstraße 2, Zimmer 9, öffentlich auf.

Lörrach, den 10. Mai 1950
Bürgermeisteramt: Braye.

DEUTZ

bringt neue Preise:



KLÖCKNER HUMBOLDT DEUTZ AG-KÖLN

Für Lörrach

wird zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger, zuverlässiger

Anzeigenwerber

zum Besuch der Geschäftsleute gesucht. Angebote unter 32-66 an Anzeigenabteilung „Unser Tag“.

Öffentliche Zahlungsaufforderung und Mahnung

Es wird an die Zahlung folgender fälligen Forderungen erinnert:

Grundsteuer 1950, 1. Rate am 15. Mai 1950
Schulgeld für das Schuljahr 1949/50 des Hans-Thoma- und Hebelgymnasiums.

Zahlungen, die nicht rechtzeitig und pünktlich geleistet werden, müssen unter Anrechnung der gesetzlichen Säumniszuschläge und Betreibungskosten angemahnt werden.
Lörrach, den 10. Mai 1950.

Bürgermeisteramt Lörrach — Stadtkasse.